



# MUSLIME IN STAAT UND GESELLSCHAFT WELTWEIT

SOZIALES ENGAGEMENT UND POLITISCHE TEILHABE  
VON AFRIKA BIS ASIEN UND IN EUROPA



Konrad  
Adenauer  
Stiftung

# Inhalt

3		Vorwort	
4		Dialog auf Augenhöhe: Ein Interview mit dem Vorsitzenden der Konrad-Adenauer- Stiftung über den Einsatz der KAS in muslimischen Ländern	
6	■	<b>BILDUNG UND POLITISCHER WANDEL</b>	
		Religion und Menschenrechte: Kein „Entweder–Oder“ (Indonesien) .....	6
		Antworten vom Imam statt von „Sheikh Google“ (Deutschland/Türkei).....	7
		Islam in der Politischen Bildung (Deutschland) .....	10
		Demokratie fängt in der Schule an (Indonesien) .....	11
		Der UNESCO Chair in Tunis: Lösungen für die gesamte arabische Welt (Tunesien).....	13
		„Der Weg der Demokratie ist lang“ (Tunesien).....	14
		Die Bürger in Bewegung bringen (Senegal) .....	15
17	■	<b>DIALOG UND PARTIZIPATION</b>	
		„Das Global Connections Center Tawasul“: Mehr Gehör und Macht für die Zivilbevölkerung (Oman) .....	17
		„Ich sammle Erfolgsgeschichten“ (Tansania) .....	19
		Für ein tieferes Verständnis des Islam (Philippinen) .....	23
		„Genau die Werte, die auch mir am wichtigsten sind“ (Deutschland) .....	25
		Integration: Ein junges Politikfeld mit Zukunft (Deutschland).....	26
		Die Hoffnung auf eine richtige Nation (Bosnien und Herzegowina) .....	28
		Teilhabe heißt, selbst aktiv werden (Deutschland) .....	30
32	■	<b>RECHTSSTAATLICHKEIT UND GLEICHBERECHTIGUNG</b>	
		Das „duale System“ von Malaysia (Malaysia) .....	32
		Opfern von staatlicher Gewalt helfen (Thailand) .....	33
		„Frauen sollten Geld verdienen“ (Pakistan) .....	34
		Islamische Eheverträge – Grundlagen, Reformen, grenzüber- schreitende Effekte.....	36
		Die Anerkennung politischer und gesellschaftlicher Vielfalt verringert Gewalt .....	38
41		Die Autoren aus der Journalistischen Nachwuchsförderung der KAS	
43		Impressum	

# Vorwort



Seit vielen Jahren wird die Vereinbarkeit von Islam und Demokratie weltweit kontrovers diskutiert. Dabei werden oft Rückschlüsse gezogen und Antworten gefunden, die mit den realen Gegebenheiten in muslimischen Gesellschaften wenig zu tun haben. Tatsächlich

arbeiten in vielen Teilen der Welt Muslime völlig selbstverständlich am Aufbau und an der Entwicklung demokratischer Gesellschaften mit. **Islam und Demokratie** sind für sie alles andere als ein Gegensatz. Sie engagieren sich als Muslime in Staat und Gesellschaft und sehen keinen Widerspruch zwischen religiösem Bekenntnis und gesellschaftspolitischer Teilhabe. Dieses Engagement wird in der Diskussion um das Verhältnis von Islam und Demokratie oft nur unzureichend gewürdigt oder gänzlich ausgeblendet.

Als eine der Christdemokratie nahestehende Institution unterstützt die Konrad-Adenauer-Stiftung den Einsatz von Muslimen für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in Deutschland und weltweit. Und das seit vielen Jahren. Die individuelle Verwurzelung im Glauben ist für uns kein grundsätzliches Hindernis beim Aufbau und der Entwicklung demokratischer Gesellschaften. Im Gegenteil: die Begründung politischen und gesellschaftlichen Handelns im **Glauben kann Orientierung verleihen** und Ansporn sein. Dies gilt für Christen, Muslime und Angehörige anderer Religionen gleichermaßen. Die **praktische Erfahrung** gibt diesem Ansatz Recht. So arbeitet die Stiftung in vielen Ländern der Welt mit **Partnern** zusammen, die sich als Muslime für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit einsetzen oder als Staatsbürger die Verständigung zwischen den Angehörigen unterschiedlicher Religionen vorantreiben. Die Bandbreite der **von uns geförderten Projekte** ist dementsprechend groß. Dabei spielt für uns das Thema religiöse Toleranz eine zentrale Rolle. Die **Toleranz gegenüber Andersgläubigen** ist uns nicht zuletzt deshalb so wichtig, weil wir in dieser Frage in den vergangenen Jahren immer wieder erleben mussten, dass gesellschaftliche Entwicklungen in manchen Ländern diese für das Zusammenleben und Zusammenwirken so wichtige Grundeinstellung zunehmend zurückzudrängen drohen.

Unsere Erfahrung ist jedoch auch: Religiöse Toleranz ist möglich, sie muss aber unterstützt und gefördert werden. Vor genau diesem Hintergrund haben wir uns entschieden, in diesem Jahr das **Projekt „Muslime in Staat und Gesellschaft weltweit. Soziales Engagement und politische Teilhabe“** durchzuführen. Ziel war es, zum einen eine Auswahl von unseren zahlreichen Partnern auf diesem Gebiet zusammen zu bringen und ihnen die Möglichkeit zu geben, sich zu **vernetzen** und voneinander zu lernen. Zum anderen wollten wir den Erfahrungsaustausch auch Regionen- und Kontinent-übergreifend ermöglichen – von Subsahara-Afrika über Europa bis hin nach Asien. Im Verlauf von drei **Workshops** in Istanbul (Februar), Singapur (April) und Casablanca (Juni) konnten vielfältige Erfahrungen ausgetauscht werden. Sie reichten von der Vermittlung politischer Grundbildung für indonesische und türkische Koran-Lehrer und Imame über den interreligiösen Austausch in Bosnien, Libanon und Tansania bis hin zur Förderung der Rechte muslimischer Frauen in Pakistan und Jordanien. Mit einer Berliner Konferenz im November 2013 zum gleichen Thema wird dieses Projekt zu einem vorläufigen Abschluss gebracht und gleichzeitig auch ein Beitrag dazu geleistet, dass die vielfältigen Anregungen aus den Workshops nicht nur für unsere internationale Arbeit, sondern auch für die **innerdeutsche Diskussion** nutzbar gemacht werden können.

Eine wesentliche Erkenntnis aus den Workshops liegt darin, dass eine nachhaltige Stärkung von bzw. eine erfolgreiche Entwicklung in Richtung Demokratie nur dann möglich ist, wenn die Akteure die existierende **Vielfalt** in ihren jeweiligen Gesellschaften anerkennen. Die Partner, mit denen die Konrad-Adenauer-Stiftung zusammenarbeitet, tun das. Das Projekt „Muslime in Staat und Gesellschaft weltweit“ hat in eindringlicher Weise deutlich gemacht, wie bunt und facettenreich politische Bildungsarbeit auch in muslimischen Staaten und Gesellschaften ist, dass sich Muslime überall auf der Welt für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit engagieren und dass sie dabei ganz praktisch und ganz individuell die Frage nach der Vereinbarkeit von Demokratie und Islam beantworten.

**Dr. Gerhard Wahlers**

Stellvertretender Generalsekretär

# Dialog auf Augenhöhe

Ein Interview mit dem Vorsitzenden der Konrad-Adenauer-Stiftung über den Einsatz der KAS in muslimischen Ländern



*Dr. Hans-Gert Pöttering, MdB,  
Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung und  
Präsident des Europäischen Parlaments a. D.*

*Welche Ziele verfolgt die KAS als eine am christlichen Menschenbild orientierte Stiftung in muslimischen Ländern?*

Zunächst muss man sagen: Wir sind eine politische Stiftung, keine religiöse. Die Kernthemen unserer internationalen Arbeit sind Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit. Das christliche Menschenbild dient uns dabei allerdings als Grundlage und als Antrieb. Die Werte, die sich daraus ableiten, wie die Würde jedes einzelnen Menschen, seine freiheitliche Willensbildung und die Gleichheit aller Menschen, haben eine gesellschaftliche und politische Bedeutung. Diese Konzepte sind für manche Menschen in islamischen Ländern zwar schwer nachzuvollzie-

hen, aber wir haben in der islamischen Welt viele Partner, auch gläubige Muslime, mit denen wir diese Überzeugungen teilen. Und wir sind im Gespräch mit vielen, die anderer Meinung sind, aber ehrliches Interesse und Bereitschaft zum Dialog haben. Zuschreibungen und Schlagworte wie „der Westen“, „das Christentum“ oder „der Islam“ sind überhaupt nicht hilfreich. Sie werden der Vielfalt weltanschaulicher und politischer Positionen unter Muslimen und auch der Differenziertheit unserer Arbeit nicht gerecht.

*Sieht das die Bevölkerung in den Einsatzländern auch so? Oder wird die KAS als Akteur des „Westens“ wahrgenommen und vielleicht auch abgelehnt?*

Das ist sehr unterschiedlich. Unsere Erfahrung ist aber, dass Gespräche sehr konstruktiv verlaufen, wenn wir unsere Position und unsere Ziele ganz offen benennen. Grundsätzlich muss ein Dialog von beiden Seiten aus auf Augenhöhe geführt werden, das bedeutet, dass sich keiner von vornherein als der moralisch Überlegene sieht. Es gibt überall auf der Welt Menschen, mit denen wir Gespräche auf dieser Grundlage führen.

*Vor welchen Herausforderungen sehen Sie die Arbeit der KAS in Ländern mit einer muslimischen Mehrheitsbevölkerung?*

Unsere Arbeit in muslimisch geprägten Ländern unterscheidet sich nicht grundsätzlich von der in anderen Teilen der Welt. Wir machen überall, wo wir tätig sind, Angebote der politischen Bildung und des politischen Dialoges, die wir in enger Zusammenarbeit mit lokalen Akteuren entwickeln und umsetzen. Diese Angebote orientieren sich zwar an den allgemeinen Schwerpunkten und Leitlinien unserer Stiftung, werden aber unter Berücksichtigung der jeweiligen politischen und gesellschaftlichen Gegebenheiten vor Ort konkre-

tisiert. Das bedeutet die permanente Herausforderung auf neue Rahmenbedingungen zu reagieren. Viele islamische Länder befinden sich derzeit in einer Umbruchphase, die vor über zwei Jahren mit den Ereignissen in Tunesien, Ägypten und Libyen begann. Noch ist nicht endgültig absehbar, wohin die politischen Entwicklungen in diesen Ländern gehen. In einigen Ländern sind Tendenzen zur Wiederherstellung der alten Ordnung unübersehbar. Vor allem hier stoßen unsere Angebote nicht überall auf Zustimmung. In Ägypten und den Vereinigten Arabischen Emiraten wurden unsere Büros durch Gerichtsurteil bzw. auf Anordnung der Behörden geschlossen. Wir bedauern das, lassen uns aber auch nicht verbiegen, denn politischer Dialog hat mit Glaubwürdigkeit zu tun. In vielen anderen muslimisch geprägten Ländern sind wir aber weiterhin tätig und haben unsere Aktivitäten zum Teil sogar ausgebaut. Daneben haben wir die Verpflichtung, einen Beitrag zu leisten, dass die Christen in der arabischen Welt eine Zukunft haben. Daher sprechen wir uns gegen jede Form von Diskriminierung und Gewalt aus.

*Was hat das alles mit der Arbeit der KAS in Deutschland zu tun?*

Sehr viel! Und ich meine jetzt nicht die einfache Beobachtung, dass in einer globalisierten Welt soziale, wirtschaftliche und politische Spannungen immer auch Auswirkungen in anderen Ländern haben. Ich meine damit, dass viele politische Debatten, die unsere Partner in muslimischen Ländern führen, von uns mit einer etwas anderen Sichtweise auch hier in Deutschland und in Europa geführt werden. Es geht immer wieder um die Frage, welche Politik eine religiös und ethnisch plurale Gesellschaft braucht. Denn in den Ländern, die ich jetzt einmal sehr vereinfacht als islamische Länder bezeichne, gibt es immer auch ethnische und konfessionelle Gruppierungen, die Lage von Minderheiten ist nicht selten schwierig. Es geht also hier wie dort um die Rechte von Minderheiten und die Aushandlung von Interes-

sen. In Deutschland diskutieren wir derzeit, welchen – gleichberechtigten – Ort der Islam und andere von Zuwanderern mitgebrachte Religionen im Gefüge der Beziehungen zwischen Staat und Kirchen einnehmen können. Die kulturelle Vielfalt wächst, gleichzeitig brauchen wir eine gemeinsame Wertegrundlage, damit unser demokratisches Gemeinwesen weiter bestehen kann. Bei aller Verschiedenheit müssen sich alle über die demokratischen Spielregeln einig sein und andere Meinungen und Mehrheitsentscheidungen respektieren.

**Das Interview führte Katharina Senge.**



*Dr. Hans-Gert Pöttering mit Projektpartnern der KAS bei einem Workshop in Casablanca 2013*

# Religion und Menschenrechte: Kein „Entweder – Oder“

Irfan Abubakar bildet Lehrerinnen und Lehrer an indonesischen Koranschulen fort. Thema: Menschenrechte.

**Von Katrin Kampling**



*Irfan Abubakar,  
Center for the Study of Religion  
and Culture, Indonesien*

„Wir haben ein großes Problem in Indonesien“, sagt Irfan Abubakar, „und zwar: Vorurteile an islamischen Schulen.“ Der Direktor des Zentrums für das Studium von Religion und Kultur (CSRC) in Jakarta blickt zwar sanft, doch es ist ihm ernst. Denn: Häufig würden Lehrer und Schüler an islamischen Schulen in Indonesien starke Vorurteile gegenüber dem Konzept von Menschenrechten hegen. Für sie seien Menschenrechte in Wirklichkeit der Versuch der westlichen Regierungen, die muslimische Kultur in Indonesien zu zerstören. „In ihren Köpfen gibt es nur eine logische Reihenfolge“, sagt er. „Menschenrechte stammen aus dem Westen. Der Westen steht für Liberalismus. Und auf den kann nur schlechtes Verhalten folgen.“

Das Zentrum arbeitet seit 2002 mit der Konrad-Adenauer-Stiftung zusammen, unter anderem in Workshops zum politischen Islam in Indonesien. Seit drei Jahren versuchen sie gemeinsam, Vorurteile gegenüber Menschenrechten auf Seminaren auszuräumen. Sie bitten die Vorsteher von Koranschulen, jungen Lehrerinnen und Lehrern im Alter von 25 bis 35 Jahren die Teilnahme an den Kursen zu ermöglichen. In dem Alter, so Zentrumsdirektor Abubakar, seien sie noch nicht so festgefahren in ihren Vorstellungen. „Wir haben anfangs versucht, uns an die ältere Generation zu wenden, an die Leitung der Schulen“, erinnert er sich. Damit habe man aber keinen Erfolg gehabt. Daher hofften sie, dass die jungen Lehrer an den Pesantren, den indonesischen Koranschulen, die Zukunft der Schulen und auch ihre Vorgesetzten beeinflussen können. Aber auch die jungen Teilnehmer seien vornehmlich konservativ-islamistisch eingestellt – und mehrheitlich männlich. „Viele haben Angst, sie müssten sich zwischen ihrer Religion und den Menschenrechten entscheiden“, sagt Abubakar. Um diese Vorstellung zu widerlegen, suchen sie beispielsweise gemeinsam nach Versen im Koran, die für einzelne Menschenrechte stehen.

Bislang hat das CSRC diese Seminare in 17 indonesischen Städten abgehalten. Da es über die ganze Inselgruppe verteilt aber insgesamt etwa 20.000 Pesantren gibt, ist Abubakars Arbeit noch längst nicht getan. „Bislang haben wir nur zirka ein Prozent der Schulen erreicht“, stellt er fest. Aber der Zentrumsdirektor ist sicher, dass sie mit den Seminaren langfristig Erfolg haben werden. „Die Teilnehmer verstehen, dass eine Diskussion etwas Fruchtbare sein kann und nicht automatisch bedeutet, keinen Respekt für Ältere zu haben“, sagt er. Denn Respekt werde in mehrheitlich muslimischen Gesellschaften großgeschrieben. „Unser Ziel ist es, am Ende junge muslimische Aktivisten zu haben, die sich für Menschenrechte einsetzen.“

Denn der Glaube schließt nicht automatisch aus, für moderne Werte einzustehen. Abubakar engagiert sich, gerade weil er Muslim ist. „Meine muslimische Erziehung hat mein Leben und mein Selbstverständnis geformt“, sagt er. Für ihn gibt es viele Übereinstimmungen zwischen islamischen Werten und den Menschenrechten. Und diese Erkenntnis möchte er weitergeben.

## Antworten vom Imam statt von „Sheikh Google“

Das Auslandsbüro der Konrad-Adenauer-Stiftung in der Türkei organisiert seit 2006 fünftägige Intensivkurse für Imame der staatlichen Religionsbehörde Diyanet, die in den darauffolgenden Jahren in verschiedenen muslimischen Gemeinden in Deutschland arbeiten werden. Seit 2008 bereitet Prof. Rauf Ceylan von der Universität Osnabrück die Imame für die Adenauer-Stiftung auf das Leben und Arbeiten in Deutschland vor. Der deutsche Religionswissenschaftler und Dr. Mahmut Fevzi Hamurcu, Leiter der Abteilung für im Ausland lebende Türken in der Diyanet, sprechen im Interview über das gemeinsame Projekt.



*Dr. Mahmut Fevzi Hamurcu, Leiter der Abteilung für im Ausland lebende Türken in der Diyanet (li) und Prof. Dr. Rauf Ceylan (re), Institut für Islamische Theologie, Universität Osnabrück, Deutschland*

*Was ist Ihr Ziel bei der Imam-Ausbildung?*

**Prof. Raul Ceylan:** Wir wünschen uns deutschsprachige Imame. Imame, die die Lebenssituation vor Ort und die Probleme der muslimischen Gemeinschaften in Deutschland kennen. Imame, die jungen Muslimen helfen können, wenn sie religiöse Fragen haben. Wir haben Probleme mit radikalen Gruppen. Junge Muslime recherchieren auf der Suche nach Antworten im Internet – sie wenden sich an ‚Sheikh Google‘, wo sie häufig auf radikale Imame stoßen.

**Dr. Mahmut Fevzi Hamurcu:** Ja, dabei geraten sie schnell auf den falschen Weg.

**Ceylan:** Darum wünschen wir uns Imame, die als kompetente Ansprechpartner dienen können, wenn es um religiöse Fragen geht.

**Hamurcu:** Dabei ist die Sprache nicht zu vernachlässigen, weil diese eine Brücke zwischen den Kulturen schlagen kann. Es ist wichtig, dass die Imame Deutsch sprechen.



Prof. Ceylan (li), hier bei einem KAS-Workshop in Istanbul

„Seit den Anschlägen vom 11. September gibt es eine ‚Islamisierung‘ des Integrationsdiskurses – eine schlechte Entwicklung.“

Rauf Ceylan, Deutschland

Vor welchen Problemen stehen die Imame, wenn sie nach Deutschland kommen?

**Ceylan:** Da ist einmal die muslimische Gemeinde mit drei Generationen von Gläubigen. Die erste Generation wünscht sich einen türkischsprachigen Imam, weil sie Deutsch entweder gar nicht oder nur schlecht spricht. Die zweite Generation spricht zum Teil sehr gut Türkisch, zum Teil nicht. Und die dritte Generation spricht sehr gut Deutsch, aber kein Türkisch mehr. So kommt es, dass die Jüngeren nicht alles verstehen, wenn ein (türkischsprachiger; Anm. d. Red.) Imam beim Freitagsgebet predigt; sie können ihm kaum folgen. Das Sprachproblem taucht auch beim Unterricht am Wochenende auf. Aber es ist ja nicht nur die Sprache, die Schwierigkeiten macht, sondern auch die (den Imamen unbekannt; Anm. d. Red.) Lebenssituation der Muslime in Deutschland. Da herrscht insgesamt ein Mangel, den wir hoffentlich mit unseren Programmen in Zukunft beheben können.

**Hamurcu:** Vor einigen Jahren haben unsere Imame damit begonnen, die Predigten hinterher auf Deutsch zusammenzufassen. Sie geben die wichtigsten Punkte der Predigt noch einmal kurz wieder. Aber das reicht eben nicht aus. Wir brauchen den ganzen Text, um die Predigt wirklich zu verstehen.

**Ceylan:** Aber wir sehen die große Motivation zu lernen.

Welche Vorurteile haben die Imame, wenn sie nach Deutschland kommen?

**Ceylan und Hamurcu unisono:** Sie haben Ängste, aber keine Vorurteile.

**Ceylan:** Die Teilnehmer haben dieselben Ängste, die auch mein Vater hatte, als er in den Sechzigern nach Deutschland kam.

**Hamurcu:** Ja, es ist eine neue Welt für die Imame, in die sie nur schwierig hinein kommen.

**Ceylan:** Für viele ist es einfach eine Chance, ein anderes Land zu sehen und eine andere Sprache zu lernen. Sie haben viele Ziele, Wünsche und Projekte, und das setzt sie auch unter Druck. In einer Moschee zu arbeiten ist ein 24-Stunden-Job. Und die Imame kennen das Leben hier nicht. Eine der größten Ängste ist auch die Ausbildung ihrer eigenen Kinder. Ich spreche da von den Ergebnissen der Pisa-Studie und der sozialen Selektion unseres Ausbildungssystems. Und schließlich fragen mich die meisten, ob sie in Deutschland auch studieren oder promovieren können. Sie haben ein großes Interesse an Hochschulbildung. (An Hamurcu gerichtet:) Wussten Sie das eigentlich?

**Hamurcu:** Ja. Wenn die Imame die Fähigkeit haben, einen Master oder einen Dokortitel zu erringen, dann bemühen wir uns darum, sie in Moscheen in der Nähe von Universitäten einzusetzen. Damit sie ihren Traum verwirklichen können.

**Ceylan:** Ich habe vorhin die drei Generationen erwähnt. Sie haben auch unterschiedliche Vorstellungen davon, wie ein Imam zu sein hat. Die erste Generation wünscht sich einen traditionellen Imam. Aber die jungen Muslime wollen einen Pädagogen, einen Sozialarbeiter, der fließend Deutsch spricht. Sie haben eine komplett andere Vorstellung von dem Posten. Daher ist es sehr schwierig für die Imame, diese widersprüchlichen Erwartungen zu erfüllen. Das betrifft gerade die jüngeren Imame, die sich wie Sozialarbeiter verhalten – die erste Generation akzeptiert sie nicht als ‚echte‘ Imame.

*Haben die Imame Vorurteile gegenüber der Adenauer-Stiftung als Stiftung mit christlichem Hintergrund?*

**Ceylan:** Natürlich fragen sie danach. Ich versuche dann, den Teilnehmern zu erklären, dass es eine Win-Win-Situation für alle ist. Sicher arbeiten wir vor dem Hintergrund, dass wir die Imame wegen ihrer wichtigen Rolle im Migrations- und Integrationsprozess ausbilden. Aber das Angebot ist auch eine große Chance für die Teilnehmer selbst. In den fünf Tagen erhalten sie unglaublich viele Informationen, aber auch unsere Telefonnummern und Kontaktadressen. Wir versuchen, alle Fragen zu beantworten, sodass sie wissen, was ihnen bevorsteht, wenn sie nach Deutschland kommen.

**Hamurcu:** Die Seminare öffnen den Imamen sozusagen die Tür. Es ist ein tolles Programm, das den Imamen hilft, sich auf Deutschland vorzubereiten. Sie können hinterher beruhigt hierher kommen und ihre Arbeit ohne Zögern aufnehmen.

*Herr Hamurcu, Sehen Sie Programme wie die neue Imamausbildung in Osnabrück als Konkurrenz an?*

**Hamurcu:** Nein, definitiv nicht. Im Gegenteil: Solche Programme helfen uns, weil die Ausbilder dort die Situation in Deutschland viel besser kennen als wir.

**Das Interview führten Katrin Kampling und Christina Schmitt.**



*Begegnung bei einem KAS-Workshop: Politikerin Aygül Özkan und Mahmut Fevzi Hamurcu*

## Islam in der Politischen Bildung

Die Veranstaltungen der Politischen Bildung im Themenfeld „Islam in Deutschland“ sind dem Politikfeld „Integration und Gesellschaftlicher Zusammenhalt“ zugeordnet, das in der Konrad-Adenauer-Stiftung als Querschnittsaufgabe betrachtet wird, zu der alle Hauptabteilungen ihren Beitrag leisten. Im Bildungszentrum Schloss Eichholz in Wesseling (zwischen Köln und Bonn) finden hierzu einige Seminarreihen regelmäßig ein- bis zweimal im Jahr statt.

### Von Ulrich von Wilamowitz-Moellendorff

Das dreitägige Seminar Islam – **Religion und Gesellschaftsmodell** – vermittelt vor allem Grundlagenwissen über den Islam und die Situation der Muslime in Deutschland. Den Abschluss des Seminars bildet in der Regel der Besuch in einer Moschee. Dort haben die Teilnehmer die Gelegenheit, nach der Führung mit einem Imam über islamisch-religiöse Fragen zu sprechen.

Aus der Kooperation mit dem Bündnis für Demokratie und Toleranz ist eine **Schulung von Multiplikatoren aus Migrantengruppen** entstanden, vor der 2013 bisher zwei Module mit großem Erfolg durchgeführt wurden. Ziel der Schulungen ist es, ausgewählte Jugendliche gezielt darin zu unterstützen, ihr zivilgesellschaftliches Engagement zu fördern sowie ihre bundesweite Vernetzung zu fördern und damit die eigene Verbands- oder Vereinsarbeit zu stärken.

Die Seminarreihe **Migranten in der Politik** verfolgt das Ziel, durch eine stärkere politische Einbindung von Migranten die Integration zu verbessern. In allen politischen Parteien sind Migranten bislang nur schwach vertreten und können somit am Prozess der politischen Willensbildung nur begrenzt mitwirken. Zielgruppe dieses Seminars sind dabei nicht primär Zuwanderer, sondern bereits politisch aktive Personen, die für die besondere Situation von Migranten sensibilisiert werden sollen.

In Cadenabbia am Comer See, dem Feriendomizil Konrad Adenauers, findet jährlich einmal das fünftägige Seminar **Angekommen in der Einwanderungsgesellschaft – Ethnische Vielfalt als Erfolgsmodell** statt. Diese stets hochrangig besetzte Veranstaltung in historischem Ambiente widmet sich vor allem den Chancen einer ethnisch vielfältigen Gesellschaft. Erfolgreiche Referenten mit Zuwanderungsgeschichte und islamischer Religionszugehörigkeit stehen dabei für Erfolgsmodelle und zeigen Perspektiven für ein erfolgreiches Gelingen der Integration.



*Das Bildungszentrum Schloss Eichholz ist die „Keimzelle“ der Konrad-Adenauer-Stiftung*

## Demokratie fängt in der Schule an

„Bildung ist der Schlüssel zur Demokratisierung“, sagt Dr. Djayadi „Jay“ Hanan. Er macht in Indonesien Lehrer zu Vorbildern durch politische Bildung.

**Von Christina Hecking**

Indonesien ist derzeit auf dem Weg zu einer stabilen Demokratie. Seit 1998 die Suharto-Diktatur endete, hat sich in dem größten Inselstaat der Welt viel getan. Bei den Menschen kam unter anderem der starke Wunsch danach auf, das Bildungssystem zu verändern und zu erneuern. Diesem Ziel hat sich das 2002 gegründete „Institute for Education Reform“ (IER) an der Universität Paramadina in Jakarta verschrieben. Gründungsmitglied und stellvertretender Direktor ist Dr. Djayadi „Jay“ Hanan, Dozent für Internationale Beziehungen. Bildung ist für ihn der Schlüssel zur Demokratisierung des Landes. „Wir glauben, dass dieser Demokratisierungsprozess jeden einzelnen Bewohner unseres Landes einbeziehen muss, um die entsprechenden Werte und Lebensgewohnheiten zunächst zu erlernen und sich dann daran zu gewöhnen“, sagt Hanan.

Diesem Anliegen entsprechend, hat das IER vier Leitlinien formuliert: freie Ausbildung für alle Menschen; eine stärkere Professionalisierung der Lehrer; politisch unabhängige Bildung sowie ein demokratisches Ausbildungssystem.

### Die Schule ist der wichtigste Ort

Schulen sind Hanan zufolge der strategisch richtige Ort, um Demokratie zu lernen. Das liege unter anderem daran, dass die Lehrer oft Vorbilder für die junge Generation seien. Die Schule sei der zentrale Ort im demokratischen Bildungsprozess, weil dort die Zukunft des Landes ausgebildet werde.

Das IER hat das Programm „Teachers Training for Democracy“ ins Leben gerufen. Sein Ziel ist es, Lehrer der mittleren und höheren Schulen darin auszubilden, die Werte und Konzepte eines demokratischen Staates an ihre Schüler zu vermitteln. Laut Hanan richtet sich das Institut vor allem an die Lehrer der sozialwissenschaftlichen Fächer. Langfristig gesehen ist es dem IER wichtig, das Netzwerk mit Schülern und Lehrern, die an dem Programm teilgenommen haben, auszubauen und sie so gut es geht weiter zu unterstützen. Hierzu hat das IER beispielsweise ein Magazin entworfen, in dem die Themen Bildung und Demokratie für die Schüler aufbereitet werden. Zudem ist in naher Zukunft die Publikation eines Buches über „educracy“, also Bildung und Demokratie, geplant.

### Die Konrad-Adenauer-Stiftung ist ein beliebter und langjähriger Partner

Das „Teaching Democracy“-Programm wird seit 2007 vollständig von der Konrad-Adenauer-Stiftung unterstützt. „Bis Ende 2013“, sagt Hanan optimistisch, „werden wir das Programm auf mehr als 30 Bezirke in ganz Indonesien ausgeweitet haben.“ Die generelle Kooperation mit der Adenauer-Stiftung startete im Jahr 2006. Sie sei daraus entstanden, dass man im IER gemerkt habe, wie sehr die deutsche Stiftung an den politischen Veränderungen und der Demokratieentwicklung in Indonesien



*Dr. Djayadi Hanan,  
Institute for Education Reform,  
Indonesien*



„Gesellschaftlicher Fortschritt gelingt nur durch Bildung.“

*Rita Pranawati, Indonesien*

interessiert ist, so Hanan. Mit der KAS habe man von Anfang an einen sehr guten und passenden Partner gefunden.

Für die anstehende Wahl in Indonesien im Jahr 2014 will das IER mit dem „Teachers Training for Teaching Democracy“-Programm entscheidend dazu beitragen, dass die Bevölkerung über eine bessere politische Bildung verfügt und wachsamer auf die nationale Politik schaut.

Hanan selbst war in den 90er Jahren, während der Übergangsära vom Suharto-Regime zur Demokratie, politischer Aktivist. Er kämpfte für demokratische Werte und vor allem dafür, seine Meinung in dem Land frei aussprechen zu dürfen. Für ihn keine einfache, aber eine sehr lehrreiche Phase: „Ich nehme diese Zeit als persönliche Erfahrung mit, die mir gezeigt hat, dass Demokratie der richtige politische Weg ist.“

### Islam in Deutschland: Dialog zwischen Wissenschaft und Politik

Welche Inhalte soll ein Islamischer Religionsunterricht vermitteln? Welche veränderten Anforderungen an Imame entstehen in der deutschen Gesellschaft? Welche Rolle spielen Frauen in den Moscheegemeinden? Wie verhalten sich verschiedenen Strömungen und islamische Schulen in Deutschland zueinander?

Diese Fragen untersucht eine Reihe von Fachkonferenzen und Publikationen, die die Abteilung Politik und Beratung der Konrad-Adenauer-Stiftung in Kooperation mit dem Zentrum für Interkulturelle Islamstudien der Universität Osnabrück ausgerichtet hat.

Inzwischen firmiert das Zentrum unter dem Namen „Institut für Islamische Theologie“ und ist damit einer der fünf neu geschaffenen, durch die Bundesregierung geförderten Standorte für Islamische Theologie in Deutschland.

Die gemeinsamen Konferenzen und Fachpublikationen mit der KAS stellen in dieser vitalen Entwicklungsphase für die deutschen Muslime regelmäßig

Erfahrungsaustausch zwischen Politikern und Wissenschaftlern her. Professor Bülent Ucar, Mitglied der Deutschen Islamkonferenz und Direktor des Instituts: „Hierin liegt letztendlich der Sinn aller Unterstützung des Entwicklungsprozesses: Dass langfristig alle profitieren und eine Win-win-Situation auf den beiden sich annähernden Seiten entsteht.“



*Aus der Kooperation mit dem Institut für Islamische Theologie in Osnabrück sind mehrere Publikationen hervorgegangen.*

## Der UNESCO Chair in Tunis: Lösungen für die gesamte arabische Welt



Prof. Mohamed Haddad mit dem Vorsitzenden der KAS, Dr. Hans-Gert Pöttering (li)

### Von Anne Ludwigs

Schon vor dem Arabischen Frühling waren sie langjährige Kooperationspartner: die Konrad-Adenauer-Stiftung in Tunis und der „Chaire UNESCO d'étude comparative des religions“ unter der Leitung von Prof. Mohamed Haddad. Nach der tunesischen Revolution im Jahr 2011 vertieften sie ihre Zusammenarbeit in einem Netzwerk. Seitdem beobachtet das arabische Observatorium für Religionen und Freiheiten die Veränderungen der religiösen Phänomene nach den arabischen Revolutionen und leitet daraus Vorschläge für den Übergang zur Demokratie in Tunesien ab. Darüber hinaus geht es aber auch darum, Lösungen für die gesamte arabische Welt zu finden, vor allem in Bezug auf die Probleme mit religiösen Fragen.

Wie ein klassischer Think Tank erarbeitet das Observatorium Analysen und Vorschläge für demokratische Entwicklungsmöglichkeiten. Die Experten und Forschern setzen ihre Schwerpunkte bei den Studien von religiösen Phänomenen und zeitgenössischen islamischen Diskursen. Wissenschaftlich werten sie Probleme arabischer Gesellschaften und die Prozesse des Übergangs zur Demokratie aus. Ihre Methoden sind die vergleichende Diskursanalyse sowie die soziologische Analyse. Sie dokumentieren ihre Analysen der Beziehungen zwischen Religion, Politik und Gesellschaft. Und sie legen Orientierungen und Vorschläge zur rationalen und friedlichen Lösung für die Probleme des demokratischen Wandels vor. In öffentlichen Veranstaltungen werden die aktuellen Entwicklungen in Tunesien kritisch diskutiert.



„Der Islam ist keine vereinigende Kraft in mehrheitlich muslimischen Ländern. Islamistische Parteien nutzen die Religion aus, um ihre Ideen durchzusetzen, und schüren die Angst vor einer Invasion des christlichen Glaubens aus dem Westen.“

Kamran Rajar, Pakistan

## „Der Weg der Demokratie ist lang“

Ben Achour, der Berater des Präsidenten der tunesischen Partei Nidaa Tounes, beschreibt die politische Landschaft in Tunesien und kritisiert im Interview einige negative Entwicklungen in seinem Land.



Rfaaa Ben Achour,  
Nidaa Tounes Party, Tunesien

*Wie sieht die politische Landschaft in Tunesien nach der Revolution aus?*

Das politische System lässt sich schematisch in drei Felder aufteilen: die Islamisten und deren Alliierte; die Union für Tunesien und die linken Parteien. Unsere Partei, Nidaa Tounes, befindet sich in einer politischen Allianz mit vier anderen Parteien, genannt Union für Tunesien. Somit gehören wir aktuell zur Opposition des Landes, denn die regierende Partei ist die islamische Ennahda. Es gibt allerdings auch zahlreiche kleine Parteien, die sich nicht in die drei großen Gruppierungen einordnen lassen.

*Bereits während der ersten Wahlen im Oktober 2011 gab es unzählige Parteien. Warum ist die Partei noch zusätzlich gegründet worden?*

Die Partei wurde erst im Juni 2012 gegründet. Ursprünglich wollte Béji Caïd Essebsi, der ehemalige Präsident der tunesischen Übergangsregierung, nicht noch eine politische Partei gründen. Er hatte lediglich die Opposition dazu aufgerufen, sich zusammenzuschließen, um die Zersplitterung der politischen Stimmen zu vermeiden, die bereits die Wahlen 2011 gekennzeichnet hat. Rechtlich gesehen ist es in Tunesien nicht möglich, eine Föderation bestehend aus mehreren Parteien zu gründen, daher ist eine neue Partei entstanden: Nidaa Tounes. Übersetzt bedeutet der Name „Appell von Tunesien“.

*Wie steht die Partei zum Islam?*

Der Islam ist ein wichtiger Teil unserer Identität und gehört zu unserer Geschichte. Allerdings ist die Religion für die Mitglieder der Partei eine individuelle Angelegenheit. Der Staat überwacht die Religionsfreiheit und die friedliche Ausübung von Kulturen. Unsere Partei ist weltlich ausgerichtet, jedoch nicht atheistisch.

*Sie haben im Jahr 2011 in der Übergangsregierung gearbeitet und die Veränderungen im eigenen Land miterlebt. Welche Bilanz ziehen Sie heute für Tunesien?*

Das Land hat sich seitdem fundamental verändert. Positiv zu bemerken ist besonders die Meinungsfreiheit. Die Presse hat sich weiterentwickelt. Allerdings gibt es auch sehr negative Entwicklungen: religiöser Extremismus, die Spaltung der Gesellschaft, politische Morde und Terrorismus. Insgesamt hat sich die Sicherheitslage im Land verschlechtert. Bisher hat es das tunesische Volk aber immer geschafft, die politischen Übergriffe der islamistischen Regierung auf die demokratische und moderne Entwicklung des Landes zu unterbinden. Der Weg der Demokratie ist lang und beinhaltet viele Tücken. Aber wir werden ihn erfolgreich beschreiten.

**Das Interview führte Cosima Gill.**

„Der Islam ist ein wichtiger Teil unserer Identität und gehört zu unserer Geschichte. Allerdings ist die Religion für die Mitglieder der Partei eine individuelle Angelegenheit.“

Ben Achour, Tunesien

## Die Bürger in Bewegung bringen

Die senegalesische Historikern Penda Mbow engagiert sich für eine politische Bildung der Zivilbevölkerung.



*Penda Mbow, Mouvement Citoyen, Senegal*

### Von Cosima Gill

Penda Mbow hat ein Hauptziel, für das sie kämpft: Sie will die Demokratie in ihrer Heimat stärken. Dieser Wunsch zieht sich wie ein roter Faden durch ihren Werdegang. Nach ihrem Geschichtsstudium an der Universität Dakar und dem Erwerb des Dokortitels an der Universität der Provence Aix-Marseille hat sie seit 1986 kontinuierlich gelehrt und sich gleichzeitig in der Politik engagiert. 2001 arbeitete sie als Kulturministerin in der damaligen Regierung und ist heute außerdem stellvertretende Repräsentantin für Senegal bei der internationalen Organisation der Frankophonie. Diese Organisation ist kein rein kulturelles Bündnis, sondern auch ein politisches und verbindet Frankreich mit zahlreichen ehemaligen Kolonien und einigen weiteren Mitgliedsländern. Mbows Amt gilt als eine Anerkennung für den politischen Einsatz in ihrem Heimatland.

### Politisches Engagement für Senegal

Nach ihrem ersten Ministeramt wollte sich Mbow komplett dem zivilen Engagement widmen. Sie kämpfte im Jahr 2002 für die Möglichkeit, dass unabhängige Kandidaten bei lokalen Wahlen kandidieren. Gemeinsam mit ihren Anhängern hat sie anschließend das „mouvement citoyen“ ins Leben gerufen, das inzwischen rund 300 Mitglieder zählt. Mbow ist seit der Gründung die Präsidentin der Organisation und behält

„Ich bin stolz auf die demokratische Entwicklung des Senegals, die Rolle der Zivilgesellschaft und auf die Unterstützung unserer Partner, wie beispielsweise der Konrad-Adenauer-Stiftung.“

*Penda Mbow, Senegal*



„Der Islam ist und bleibt eine Quelle der Identitätsfindung und wird in Zukunft eine immer wichtigere Rolle spielen.“

Sigrid Faath, Deutschland

stets das Ziel vor Augen, „die politischen Führungsfähigkeiten der jungen Elite auszubauen.“ Für Mbow spielt aber auch eine breite Bildung der Staatsbürger eine wichtige Rolle. Inhaltlich sind für die Historikerin folgende Themen von Bedeutung: Friedensideale, Gerechtigkeit, Arbeit und Gleichheit.

Mehr als zehn Jahre nach der Gründung der Bewegung blickt Mbow zufrieden auf das Erreichte zurück. Für sie war das Engagement des „mouvement citoyen“ bereits sehr erfolgreich. Seit 2002 sei die Organisation an allen politischen Bewegungen im Senegal beteiligt gewesen und habe zahlreiche Aktionen selbst initiiert. Die Mitglieder des „mouvement citoyen“ seien häufig der Wegbereiter für die demokratische Erneuerung Senegals gewesen. Die Konrad-Adenauer-Stiftung steht dem „mouvement citoyen“ als Partner zu Seite und hat beispielsweise mit Seminaren und gemeinsamen Publikationen zum Erfolg der Bewegung beigetragen.

#### Status quo im Heimatland

Als Präsidentin des „mouvement citoyen“ ist Penda Mbow der Auffassung, dass das senegalesische Volk in Bezug auf politisches Engagement bereits sehr reif ist: Die Bürger diskutieren viel über politische Inhalte und sind es gewöhnt, die politischen Führer des Landes zu wählen. „Allerdings könnte die Bevölkerung noch weniger Zeit mit politischen Debatten verlieren“, sagt Mbow.

Für die Zukunft ihres Heimatlandes wünscht sie sich eine wirtschaftliche Verbesserung und ein stärkeres Bildungswesen. Generell ist sie stolz auf die demokratische Vergangenheit ihres Landes und den Einfluss der zivilen Bevölkerung, und sie will beides auch in Zukunft stärken. 2017 sind die nächsten Parlamentswahlen in Senegal.

## „Das Global Connections Center Tawasul“: Mehr Gehör und Macht für die Zivilbevölkerung



*Khalid Al-Haribi, Global Connections Center Tawasul, Oman*

### **Von Christina Hecking**

Der Oman soll ein Vorbild werden – weltweit: als Vorreiter für „soziale Solidarität“. Dieses hohe Ziel hat Khalid Al-Haribi für sich und sein Land gesteckt. Der Omani engagiert sich als „Social Entrepreneur“ in zahlreichen Projekten. Begonnen hat er damit im Jahr 2000, nach seinem Politik-Studium an der West Virginia University in den USA. Hautberuflich arbeitet Al-Haribi seit 2008 am „Global Connections Center Tawasul“ in Muscat. Der Begriff „Tawasul“ steht nach islamischem Verständnis für „Vermittlung“. Das Ziel des Projekts besteht darin, der Zivilgesellschaft mehr Gehör und Macht durch mehr Training und Bildung zu verschaffen. Dafür kooperiert das Center mit Partnern im In- und Ausland.

### **Öffentlichen und privaten Sektor verschränken**

Sein Land, so Al-Haribi, soll dabei zu einem Land mit Vorbildcharakter hinsichtlich „sozialer Solidarität“ werden. Der Staat Oman im Osten der Arabischen Halbinsel soll zudem dafür stehen, dass es in dem Bereich des sozialen Engagements zahlreiche Partnerschaften zwischen öffentlichem und privatem Sektor und Organisationen der Zivilgesellschaft gibt. „Es reicht nicht, einfach nur miteinander zu kommunizieren. Viel wichtiger ist es, Partnerschaften zwischen öffentlichem und privatem Sektor zu knüpfen und verstärkt zusammen zu arbeiten. Das Wichtige dabei ist, dass alles auf politischer Grundlage passiert“, so Al-Haribi.



„Ich glaube,  
wir können im  
21. Jahrhundert alle  
zusammen leben –  
Christen, Muslime  
und alle anderen  
Religionen.“

Hans-Gert Pöttering, Deutschland

Als wichtigste Werte und Leitlinien nennt der 36-Jährige unter anderem „Transparenz“, „Akzeptanz“ und „Durchsetzungsfähigkeit“. Auf dieser Basis kooperieren mit „Tawasul“ andere zivilgesellschaftliche Organisationen, Jugendgruppen, Medienplattformen und verschiedene öffentliche und private Institutionen.

#### Durch gemeinsame Werte verbunden

Als beispielsweise die Kooperation mit der Konrad-Adenauer-Stiftung vor einigen Jahren begann, stellte Al-Haribi sich wie bei jedem neuen Projektpartner zunächst die Frage, ob man überhaupt zusammenpasst. Wegen der gemeinsamen Wertevorstellungen habe er der KAS aber sehr schnell vertraut.

Im Wesentlichen ist die Stiftung an Projekten beteiligt, bei denen es um die Kompetenzbildung der Bevölkerung geht. „Wir möchten die Zivilgesellschaft ermutigen, sich stärker zu engagieren und ihre Stimme zu erheben. Das ist das, was wir jeden Tag bei unserer Arbeit machen“, sagt Al-Haribi. Tawasul wolle die Bürger und ihre Meinungen mit Firmen verbinden, um eine Stabilität in dem Land zu erreichen und etwas gegen die Unausgeglichenheit zwischen dem primären und dem tertiären Wirtschaftssektor (Dienstleistungen) zu tun. „Wenn man nicht für die ganz normalen Menschen auf der Straße da ist, kann man mit seiner Arbeit nicht erfolgreich sein“, sagt Khalid Al-Haribi.

Als Beispiel nennt er ein Dialogprojekt mit 40 jungen Studenten aus dem Oman. Die jungen Akademiker werden mit bedeutenden Firmen vernetzt, damit sie in Zukunft selbst verantwortungsvolle Führungspositionen übernehmen können. Den jungen Leuten fehle noch das Wissen über ihre Rechte und Pflichten.

Bezogen auf die Partner aus dem Ausland sagt Al-Haribi: „Bei jeder einzelnen Nation ist es wichtig, auf die Bedürfnisse und Traditionen zu schauen. Denn nur so ist eine erfolgreiche Zusammenarbeit möglich.“

## „Ich sammele Erfolgsgeschichten“

Shahmim Daudi Mwariko (34) ist Anwältin in Tansania. Im Gespräch mit Luisa Meisel erläutert sie, wie sie mit dem Inter-Religious Council for Peace Tanzania (Interreligiöser Friedensrat Tansania, IRCPT) Frauen unterstützt.

*Was ist der Interreligiöse Friedensrat genau?*

Das ist eine Organisation, die viele Religionen zusammenbringt. Wir haben eine Menge unterschiedlicher Religionen in Tansania. Fast die Hälfte aller Einwohner sind Christen, die andere Hälfte Muslime. Aber wir haben auch Buddhisten, Bahai, Ahmadiyya. Wir versuchen, Treffen zu organisieren, damit diese Gruppen zusammenkommen und gemeinsam Themen diskutieren, die alle etwas angehen – egal, welcher Religion sie angehören.

*Was für Themen?*

Zum Beispiel die Gleichberechtigung von Männern und Frauen, den Kampf gegen geschlechterbezogene Gewalt oder die Diskussion darum, dass Frauen eine Chance haben sollten, Führungspositionen einzunehmen. Positionen, in denen sie Entscheidungsträger sind. Es gibt viele Themen und Herausforderungen. Vor allem das Stichwort Tradition ist uns wichtig.

*Warum Tradition?*

Tradition ist für vieles verantwortlich: Sie gibt die Interpretation unserer Religion vor; Tradition ist die Grundlage für viele richterliche Entscheidungen, die Tradition bestimmt, wie Frauen zu sein haben und in den Augen der Gesellschaft wahrgenommen werden. Das ist ein Beispiel, wo die Arbeit unserer Organisation ansetzt: Wir klären die Menschen über Frauenrechte auf. Aber nicht nur die Frauen, sondern natürlich auch die Männer. Wir versuchen ihnen zu sagen, dass es eigentlich nicht so sehr um Frauen allein geht. Es geht um mich, um dich, um jeden von uns. Es geht uns alle was an. Und als religiöse Menschen sagen wir alle: Wenn du eine Frau ausbeutest, ist das eine Sünde.

*Aber wie können wir uns Ihre tägliche Arbeit für das IRCPT vorstellen? Reisen Sie zu den verschiedenen Orten und versuchen Sie mit den Dorfbewohnern zu sprechen? Oder geben Sie eher eine Art Unterricht?*

Ja, auch ich gebe Seminare. Hauptsächlich reise ich aber zu den verschiedenen Bezirken und Dörfern und schaue mir an, ob die verschiedenen Projekte, die wir anstoßen, auch umgesetzt werden. Ich bin ja nur eine Koordinatorin. Dabei spreche ich viel mit den Menschen und versuche ihnen die Punkte, die Gegenstand der Seminare waren, wieder in Erinnerung zu rufen. Außerdem reise ich herum und sammele Erfolgsgeschichten, über das, was wir bisher erreicht haben.



*Shahmim Daudi Mwariko,  
Inter-Religious Council for Peace  
Tansania*



„Die meisten Verfassungen in Südostasien garantieren Gleichberechtigung. Entscheidend ist aber immer die tatsächliche Umsetzung.“

Borhan Uddin Khan, Bangladesch

*Können Sie uns ein Beispiel geben?*

Wir haben so viele gute Beispiele! Es ist erstaunlich! Die Menschen verändern sich einfach, wenn man nicht aufhört, mit ihnen zu sprechen. Da war zum Beispiel dieses Massai-Mädchen aus Babati. Wir nahmen sie mit auf ein Training, weg von ihrem Dorf. Sie konnte weder wirklich gut schreiben, noch lesen. In dem Training ging es um die Village Community Bank, kurz VICOBA (zu deutsch: Dorfgemeinschafts-Bank). Wenn man das Training beendet hat, muss man eine Gruppe mit dreißig Personen gründen, die dann ihr Geld zusammenlegen und damit besser wirtschaften können.

*Eine Art selbstgemachtes Bankensystem für die Dörfer in Tansania?*

Ja, genau. Es funktioniert so ähnlich wie das Grameen-Banken-System aus Bangladesch. Es ist ein traditionelles Modell, das den Mitgliedern ermöglicht, sich von der Gruppe Geld zu leihen, eine Art Mikrokredit. So können die Menschen besser wirtschaften. Nur ein paar Regeln regulieren das Ganze, damit es funktioniert.

*Und wie ging es weiter mit dem Massai-Mädchen?*

Sie absolvierte das Training und ging zurück in ihr Dorf. Und ganz zu unserer Überraschung veränderte sie ihre ganze Dorfgemeinschaft. Sie schaffte es, drei solcher VICOBA-Gruppen in ihrem Massai-Dorf zu gründen, also in sehr abgelegenen Regionen. Damit verringerte sie die geschlechterbezogenen Ungleichheiten, denn in den Gruppen trafen Männer und Frauen zusammen und diskutierten die unterschiedlichsten Themen. Jetzt kann sich das Mädchen selbst sehr gut artikulieren, protokollieren und vor den Dorfältesten sprechen. Sie wird jetzt respektiert.

*Wie gehen Sie noch auf die Menschen zu? Wie sprechen Sie die Menschen an?*

Normalerweise versuchen wir den Dorfgemeinschaften zu vermitteln, dass Veränderung möglich ist, wenn sie sich selbst verändern. Wir klären sie über ihre Rechte auf und auch über ihre Verantwortung, wenn es um Heirat und Kinder geht. Wir helfen ihnen auch, kleine Unternehmen zu gründen und unterrichten sie, verschiedene Produkte herzustellen, Seife oder Obst und Gemüse anzubauen, zum Beispiel Tomaten.

*Was für Unternehmen meinen Sie?*

Das reicht vom Verkauf von Lebensmitteln, landwirtschaftlichen Produkten oder Fisch, bis hin zum Gründen eines eigenen kleinen Geschäfts, in dem Kleidung verkauft wird. Das kommt immer auf die Region an, was die Umwelt eben ermöglicht. Viehzucht gehört auch noch dazu.



*Intensive Diskussionen während eines Workshops zum Thema Partizipation*

*Wird Ihre Arbeit auch dadurch beeinflusst, dass Sie es mit so vielen verschiedenen Religionen zu tun haben? Sie selbst sind Muslima. Müssen Sie Ihre Herangehensweise verändern, je nachdem, welcher religiösen Gemeinschaft die Menschen angehören, mit denen Sie sprechen?*

Das Verblüffende ist doch: Es gibt keine Unterschiede! Überhaupt keine Unterschiede. Und das ist ja tatsächlich auch ein globales Problem. Ich kann Ihnen versichern, es liegt nicht an der Religion. Es hängt immer von der Interpretation der Gesetze ab und wer gerade an der Macht ist. Nehmen wir zum Beispiel das Problem geschlechterbezogener Gewalt: Das gibt es doch überall, ganz unabhängig von der Religion. Frauen werden geschlagen. Muslimische, christliche, Hindus... Die Gewalt gibt es fast überall und die guckt nicht nach der religiösen Zugehörigkeit, überhaupt nicht.

*Was ist für Sie die größte Herausforderung bei Ihrer Arbeit als Koordinatorin?*

Zeit. Zeit ist die größte Herausforderung. Wie findet man eine Balance? Ich bin Mutter von drei Kindern. Ich bilde mich weiter, studiere. Ich arbeite als Anwältin. Ich engagiere mich für das IRCPT. So viele Dinge gleichzeitig! Aber eine große Herausforderung sind auch die Ressourcen. Wenn dich jemand anruft und dir sagt: „Ich habe das und das Problem, kannst du mir bitte helfen?“ Meistens könnte man der Person schon mit einem Transport helfen oder indem man einfach einen Anwalt beauftragen würde, der den Fall übernehmen könnte. Aber das kann ich natürlich nicht in jedem Fall, auch wenn ich mir wünsche, dass ich es könnte.



*„Was mich am meisten antreibt, ist der Gesichtsausdruck der Teilnehmer, wenn sie unser Programm mit neuen Ideen verlassen.“*

*Nayla Tabbara, Libanon*



„ Es gibt nur einen Grund, warum sich die ländlichen Regionen viel langsamer entwickeln als die Städte: Information. Information ist der Schlüssel zur Entwicklung.“

*Shahmim Daudi Mwariko, Tansania*

*Und woher nehmen Sie dann Ihre Motivation? Eher von Ihrem Beruf als Anwältin oder eher von Ihrer Religion, dem Islam?*

Von beiden. Mein Beruf stattet mich mit dem Handwerkszeug aus, um zu wissen, wie ich vorgehe. Meine Religion gibt mir die Passion für die Sache, warum ich mich weiter engagieren sollte. Also von beiden. Die Religion beantwortet mir das Warum und mein Wissen das Wie.

*Haben Sie manchmal gesellschaftlichen Druck erfahren bei Ihrem Einsatz für das IRCPT? Oder wird Ihre Arbeit allseits gut akzeptiert?*

Ja, der Druck ist da. Das gehört mit zu den Herausforderungen. Vor allem, wenn ich das Gespräch mit den religiösen Oberhäuptern suche und sie sich mit mir auseinandersetzen müssen, dann merke ich den Druck. Wie erkläre ich ihnen, was der richtige Weg ist und zwar so, dass sie mich verstehen? Denn oftmals sind sie der Meinung, dass diese Probleme nicht ihre eigenen wären, sondern dass sie einst importiert wurden. Also wie erreiche ich es, dass sie verstehen: Nein, niemand hat dieses Problem importiert. Es ist unser eigenes und wir sind diejenigen, die sich verändern sollten. Da kommen wieder die Traditionen ins Spiel. Wie bekämpft man Traditionen und lässt andere verstehen, dass man sich damit für die richtige Sache einsetzt? Manchmal ist man gezwungen, sich den Traditionen zu beugen und der Vorstellung, der Platz eines Mannes ist hier, der einer Frau dort. Und dann frage ich mich: Wie kann ich diese Interpretation verändern und sicherstellen, dass auch Frauen aufstehen und ihre Stimme erheben?

*Trotz solcher Schwierigkeiten machen Sie weiter.*

Ich muss! Sonst bleiben wir beim Status quo. Wir sind aber hier, um einen Unterschied zu machen.

**Das Interview führte Luisa Meisel.**

## Für ein tieferes Verständnis des Islam

Amina Rasul hat das „Philippine Center for Islam and Democracy“ (PCID), einen Think Tank, mitgegründet. Im Interview berichtet sie, wie es gelingen kann, in diesem vorwiegend katholischen Land der muslimischen Minderheit eine gemeinsame Stimme zu geben.



*Amina Rasul, Philippine Center for Islam an Democracy, Philippinen*

*Welche Rolle spielt der Islam in der philippinischen Gesellschaft?*

In der Vergangenheit fehlte den Muslimen eine gemeinsame Stimme. Dieser Umstand war eine Barriere für Frieden und hat zur sozialen Ausgrenzung der muslimischen Bevölkerung geführt. Wahrgenommen wurde nicht der schweigende und friedliche Teil der Muslime, sondern die wenigen extremen und gewaltbereiten Stimmen im Land. Parallel zu den eigenen Problemen unseres Landes begann der internationale Krieg gegen den Terror und damit die globale Diskussion, ob Islam und Demokratie generell kompatibel seien. Diese Situation musste sich ändern.

*Wie wurde diese Problematik gelöst?*

Als Antwort auf das Problem habe ich gemeinsam mit zwei weiteren muslimischen Intellektuellen, Abraham Iribani und Atty Nasser Marohomsalic, im Jahr 2002 das „Philippine Center for Islam and Democracy“ (PCID) gegründet. Ziel war es, zur globalen Debatte beizutragen und die schweigende Mehrheit der philippinischen Muslime zu repräsentieren. Um Ergebnisse vorzuweisen, ist es wichtig, die muslimischen Intellektuellen gemeinsam mit Regierungsmitgliedern, der zivilen Bevölkerung und Akademikern an einen Tisch zu bringen und Themen objektiv und professionell zu diskutieren.

*Womit beschäftigt sich das PCID inhaltlich genau?*

Hauptsächlich beschäftigt sich die Non-Profit-Organisation mit islamischen und demokratischen Themen und begibt sich auf die Suche nach Frieden, Demokratie und Entwicklung in muslimischen Gemeinden. Inhaltlich sind die Projekte der Organisa-

tion auf fünf Komitees aufgeteilt: 1. Frieden, 2. Menschenrechte, 3. Wahlreformen, 4. Autonomie und Regierung und 5. Entwicklung.

*Wie sieht die Arbeit der Organisation praktisch aus?*

Die Projekte des PCID können in verschiedene Kategorien eingeteilt werden: „Talk“ bedeutet, dass wir Konferenzen organisieren und Vorträge halten; „Think“ beinhaltet jegliche Forschungsaufträge; der Bereich „DO“ beschäftigt sich mit der Organisation von Aktivitäten und der Fortbildung von Partner-Organisationen; und der Bereich „Direct“ zielt darauf ab, Einfluss auf die Politik zu nehmen. Besonders intensiv arbeitet das PCID mit Jugendlichen, Frauen und religiösen Führern zusammen. Seit der Gründung der Organisation wurden rund 210 Aktivitäten erfolgreich umgesetzt.

*Welche Projekte werden in Kooperation mit der Konrad-Adenauer-Stiftung umgesetzt?*

Gemeinsam mit der Adenauer-Stiftung wurden mehrere Publikationen zu den Themen Freiheit, Demokratie, Menschenrechte und zu weiteren Themen veröffentlicht. Ziel der Veröffentlichungen ist es, für die muslimische Weltanschauung ein größeres Verständnis in der Öffentlichkeit zu erreichen. Besonders die philippinischen Übersetzungen sollen dazu dienen, dass die Bevölkerung hinter die negative Fassade des muslimischen Glaubens blickt und dies zu einem tieferen Verständnis des Islam führt.

*Welche Projekte realisiert das PCID mit religiösen Führern der muslimischen Minderheit?*

Eine weitere wichtige Aufgabe des PCID ist es, die religiösen Anführer der Muslime zusammenzubringen, um ihrer Stimme in der Politik Gewicht zu geben. Mittlerweile haben wir das Vertrauen zahlreicher Gemeindeführer gewonnen und können mit ihnen als Partner zusammenarbeiten und so besser die zivile Bevölkerung erreichen. Dieser Ansatz ist wichtig, um Frieden, Demokratie und Entwicklung in den muslimischen Gemeinden zu entwickeln. Vorher war dies aufgrund der Zersplitterung der muslimischen Gemeinde sehr schwer umzusetzen.

*Wie hat sich die Rolle der muslimischen Bevölkerung auf den Philippinen durch die Arbeit des PCID verändert?*

Zehn Jahre nach der Gründung der Organisation können wir häufig Einigkeit zwischen den muslimischen Gruppen herstellen und wichtige Diskussionen führen. Keine weitere NGO hat aktuell die gleiche Reichweite bei der muslimischen Minderheit. Unsere Mission ist allerdings noch längst nicht erfüllt, sie hat eigentlich gerade erst begonnen. Einerseits müssen wir unsere Resultate genau analysieren, um stets zu prüfen, ob unsere Kernaufgaben erfüllt werden. Und andererseits müssen unsere Fortschritte langfristig nachhaltig sein.

**Das Interview führte Cosima Gill.**

„*Unsere Aufgabe ist es, islamische und demokratische Gedanken zu verstehen, denn Islam und Demokratie arbeiten gut zusammen.*“

*Amina Rasul, Philippinen*

## „Genau die Werte, die auch mir am wichtigsten sind“

Aygül Özkan sprach im Februar bei einem KAS-Workshop in Istanbul sehr persönlich über ihr politisches Engagement als Muslima in Deutschland. Frau Özkan ist Mitglied im CDU Bundesvorstand. Ein Auszug aus dem Vortrag der CDU-Politikerin.

### Von Aygül Özkan

Ein Parteikollege rief mich an, einige Tage bevor ich 2010 als Ministerin für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Integration in Niedersachsen vereidigt werden sollte. Er klang aufgeregt: „Die Medien werden fragen: Auf welchen Gott schwört sie da? Wie sollen wir damit umgehen? Was willst du tun?“ Ich hatte mir zuvor keine Gedanken darüber gemacht, jetzt aber dachte ich: „Sollte es wirklich Thema in den Medien sein - wenn ich auf Gott schwöre -, auf *welchen* Gott ich dann schwöre?“ Tatsächlich kam es so. „Welchen Gott meint Aygül Özkan?“, fragten viele. Medial brach ein regelrechter Sturm auf mich ein.

Bis heute ist mein muslimischer Hintergrund Thema. Vor meinem Eintritt in die CDU haben viele zu mir gesagt: „Du kannst doch nicht in die CDU eintreten“, oder: „Das ist keine Partei für Menschen mit Migrationshintergrund“, oder: „Kann man als Muslima überhaupt in eine Christliche Partei eintreten?“ Das sind aber alles Vorurteile. 2004 bin ich also in die CDU eingetreten. Und wie man an meinem politischen Werdegang sehen kann, spielt die Religionszugehörigkeit keine Rolle.

Mir geht es darum, Chancen für alle Menschen zu schaffen. Die Rahmenbedingungen hierfür setzt die Politik. Ich wollte nicht nur kritisieren, sondern aktiv mitgestalten. Ich habe mich für die CDU entschieden, weil sie genau die Werte vertritt, die auch mir am wichtigsten sind: Familie, Solidarität und Nächstenliebe.

Nach meinem Verständnis hat Politik dafür zu sorgen, dass alle Menschen unabhängig von Alter, Herkunft, Geldbeutel und gesundheitlichem Zustand am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können. Entscheidend ist nicht, woher jemand kommt oder wie alt er ist. Es geht vielmehr darum, ob sich jemand in die Gesellschaft einbringt und etwas für unser Land tut. Meine Eltern kamen in den 1960er Jahren als türkische Gastarbeiter nach Deutschland. Unsere Nachbarn wurden bald unsere Freunde. Ich ging – wie viele andere Kinder in meinem Umfeld – aufs Gymnasium. Es war eine Selbstverständlichkeit. Ich fühlte mich schon immer als Teil der deutschen Gesellschaft. Aber nicht alle Migrant\*innen glauben, dass sie hier willkommen sind. Politisch gesehen muss sich noch einiges ändern, finde ich. Integration ist für mich eine Herzensangelegenheit. Denn Vielfalt ist Bereicherung. Aber Vielfalt braucht auch Zusammenhalt. Dafür trete ich ein.

Von meinen Eltern habe ich gelernt, dass es sich lohnt, sich anzustrengen. Ich bin überzeugt: Wer in Deutschland etwas leistet, wird meistens dafür belohnt.



Aygül Özkan  
Ministerin für Soziales,  
Frauen, Familie, Gesundheit  
und Integration in Nieder-  
sachsen a. D., Deutschland

„Wir müssen klar machen, dass der Islam nicht der Grund für einen Mangel an Integration ist.“

Aygül Özkan, Deutschland

## Integration: Ein junges Politikfeld mit Zukunft

Die Konrad-Adenauer-Stiftung hat den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu einem Schwerpunktthema ihrer politischen Beratungstätigkeit gemacht. Ein neu aufgebautes Netzwerk aus Politik, Wissenschaft und Verwaltung trifft sich regelmäßig, um integrationspolitische Themen zu diskutieren.



*Mitglieder des Netzwerks mit (1. Reihe von links): Bülent Arslan (Vorsitzender des Bundesnetzwerks Integration der CDU), Dr. Michael Borchard (Hauptabteilungsleiter Politik und Beratung, KAS), Christian Wulff (Bundespräsident a. D.) sowie Cemile Giousouf (MdB, 1. R, 2. v. r.), Dr. Hans-Gert Pöttering (Vorsitzender der KAS, 2. R. 2. v. r.) und Armin Laschet (Vorsitzender der CDU NRW, 2. R. 1. v. r.).*

### Von Katharina Senge



*Erfahrungstransfer zwischen Ländern und Kommunen.*

Die Integration in ein neues Land und seine gesellschaftlichen Strukturen ist eine Herausforderung für Migranten, aber auch für die aufnehmende Gesellschaft. Längst hat die Politik in Deutschland jedoch nicht mehr nur die Schwierigkeiten und Integrationsprobleme im Blick, sondern ebenso die Potenziale der Zuwanderer. Damit wird den knapp 16 Millionen Menschen mit Zuwanderungsgeschichte in Deutschland – darunter sind die Türkeistämmigen mit knapp 3 Millionen die größte Gruppe – Anerkennung ihrer Lebensgeschichte gezollt. Es setzt sich aber auch die Erkenntnis durch, dass Deutschland nicht zuletzt wegen seiner niedrigen Geburtenrate und der Überalterung der Bevölkerung auch zukünftig auf neue Zuwanderung angewiesen bleibt. Zuwanderung und Integration sind also zentrale gesellschaftspolitische Zukunftsaufgaben für Deutschland. Die KAS hat deshalb mit dem FORUM INTEGRATIONSPOLITIK ein Netzwerk aus integrationspolitischen Akteuren aufgebaut, um Debatten anzustoßen und politische Handlungsempfehlungen für die Integrationspolitik zu entwickeln. Von Anfang an unterstützt durch die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, Staatsministerin Prof. Dr. Maria Böhmer, nehmen an den Treffen neben Fachleuten auch Integrationspolitiker der Bundes-, Landes- und Kommunalebene teil, darunter zum Beispiel auch die erste muslimische Bundestagsabgeordnete der CDU, Cemile

Giousouf, und das junge Mitglied des Bundesvorstands der CDU, Younes Ouaqasse. Die Vernetzung ist besonders wichtig, da Integration nicht nur ein Querschnittsthema ist, welches in die Innenpolitik, die Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik, die Bildungspolitik und andere Politikfelder hineinreicht. Hinzu kommt, dass viele integrationsfördernde Initiativen auf Landes- und Kommunalebene umzusetzen sind. Das FORUM INTEGRATIONSPOLITIK vernetzt deshalb die politischen Ebenen und ermöglicht Erfahrungstransfer.



*Die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, Staatsministerin Prof. Dr. Maria Böhmer, nimmt regelmäßig am FORUM INTEGRATIONSPOLITIK teil.*

Parallel zum Netzwerk ist der Arbeitskreis Junge Integrationspolitiker entstanden. Mit dem Arbeitskreis werden junge Talente gefördert, die sich für Integration und gesellschaftlichen Zusammenhalt in Deutschland einsetzen. Auch wenn in beiden Netzwerken Muslime vertreten sind, spielt die Religionszugehörigkeit an sich keine Rolle. Ziel ist es vielmehr, unabhängig von Herkunft und Religion gemeinsam Positionen zu diskutieren und zu entwickeln. Selbstverständlich werden dabei regelmäßig der Islam und die Situation von Muslimen in Deutschland thematisiert: von den regionalen Modellen für Islamunterricht über Radikalisierungstendenzen bei Jugendlichen bis zur Alltagsdiskriminierung von Muslimen.

## Die Hoffnung auf eine richtige Nation

Elvis Kondzic musste aus seiner Heimat Bosnien fliehen, als er 16 Jahre war. Heute engagiert er sich auf parteipolitischer Ebene dafür, dass die verschiedenen Ethnien in seinem Land zusammenfinden.

**Von Christina Schmitt**

„Meine Zeit in Deutschland ist meine Inspiration. Ich habe Demokratie und Europa an meiner eigenen Haut gespürt.“

Elvis Kondzic,  
Bosnien und Herzegowina

Noch einmal würde Elvis Kondzic unter keinen Umständen sein Land verlassen. „Sein Land“, das ist Bosnien und Herzegowina. Ein junges Land, wie er sagt: „Und hoffentlich bald auch eine richtige Nation, mit einer bosnischen Mentalität.“ Er seufzt. Und es klingt, als könnte das „bald“ noch etwas dauern.

Als Elvis Kondzic sein Land verließ, war er 16 Jahre alt. Es war das Jahr 1993. Er redet nicht gerne über diese Zeit, als seine Familie aus dem Norden Bosniens vertrieben wurde. Er zählt Daten auf und erklärt politische Zusammenhänge: Der Bosnienkrieg, der bis 1995 dauern sollte, war in vollem Gange: Denn Bosnien und Herzegowina hatten sich 1992 nach einem Referendum als unabhängig von Jugoslawien erklärt, auch die westlichen Staaten erkannten das Referendum an. Jugoslawien begann zu zerfallen – und die Spannungen zwischen den ethnischen Gruppen in Bosnien und Herzegowina verschärften sich. Bosniakische, serbische und kroatische Einheiten kämpften gegeneinander. Die serbischen Truppen rückten vor. Und Kondzics Familie beschloss, zu fliehen.

Auf die Frage, was er in der Zeit erlebt hat und wie es seiner Familie erging, zögert Elvis Kondzic. Dann sagt er: „Ich wollte auch kämpfen. Ich war ein ganz schöner Jungspund. Wollte stolz sein, den Helden spielen.“ Allein sein Vater konnte ihn davon abhalten. „Er meinte, ich würde das Kämpfen immer bereuen“, erzählt Kondzic. Er wirkt froh darüber, dass er auf seinen Vater gehört hat. Auf der Flucht vor dem Krieg landete er über Kroatien in Deutschland. Heute spricht er fließend und akzentfrei Deutsch. Er begann eine Ausbildung als Elektromechaniker. Als er sein Zeugnis in den Händen hielt, blieb er aber nur noch zehn Tage. Dann ging er zurück in „sein Land“, wie er sagt. „Ich wollte mich als Bürger in Deutschland integrieren. Aber das ging nicht. Also bin ich lieber zurück.“

Zurück in Sarajevo sah er, wie alle – egal ob Bosniaken, Serben oder Kroaten – unter den gleichen Problemen zu leiden hatten: Arbeitslosigkeit und fehlende Strukturen. „In Deutschland hatte ich Demokratie kennengelernt und gesehen, dass man es mit Engagement nach oben schaffen kann“, erklärt er. Gleiche Chancen für alle, das wünschte er sich auch für Bosnien und Herzegowina. Doch zuerst versuchte er, sein eigenes Leben zu ordnen. 1998 begann er, für die Konrad-Adenauer-Stiftung zu arbeiten, im örtlichen Auslandsbüro. „Wir hatten auch Projekte in Montenegro und Serbien. Das hieß für mich, mit denen zusammenzuarbeiten, die zuvor unsere Feinde waren“, erzählt er. Es sei eine große Herausforderung gewesen, für ihn persönlich. Aber letztlich habe diese Arbeit seine weitere Laufbahn nachhaltig geprägt: „Die Konrad-Adenauer-Stiftung hat mich ermutigt, mich mit gesellschaftlichen und politischen Problemen zu befassen.“



*Elvis Kondzic, Party of Democratic Action, Bosnien und Herzegowina*

Heute engagiert sich Elvis Kondzic in der Partei der demokratischen Aktion (SDA) und ist zuständig für Öffentlichkeitsarbeit. Neben seiner Arbeit studiert er im Master Politikwissenschaft. Zusammen mit seiner Frau hat er eine zweijährige Tochter. Für ihre Zukunft wünscht er sich ein Bosnien und Herzegowina, das allen Bürgern gleiche Rechte bietet. Deshalb versucht er, auf politischer Ebene etwas zu ändern. Seine Partei, die SDA, die vor allem von bosniakischen Muslimen ins Leben gerufen wurde, stehe für alle offen. „Ich wünsche mir, dass wir alle eine gemeinsame bosnische Identität herausbilden. Dass wir gemeinsam stolz sein können auf unser Land“, sagt er. Doch bis dahin sind noch viele Schwierigkeiten zu überwinden: Viele sähen sich noch immer als Bosniaken, Serben oder Kroaten. Und viele erinnerten sich auch noch an den Krieg und die Grabenkämpfe zwischen den Ethnien. „Es muss sich etwas bewegen“, sagt er. Dafür aber wäre es falsch, den Krieg, die Kämpfe und die Spannungen auszublenden. Im Gegenteil: „Das Böse, das man vergisst, geschieht immer wieder. Und kein Kind soll das erleben, was ich erlebt habe.“

## Teilhabe heißt, selbst aktiv werden

Ein Interview mit Dr. Michael Borchard, Leiter der Hauptabteilung Politik und Beratung der Konrad-Adenauer-Stiftung



*Dr. Michael Borchard, Leiter der Hauptabteilung Politik und Beratung der Konrad-Adenauer-Stiftung*

*Herr Borchard, Sie beraten Politiker. Was raten Sie denen denn für den Umgang mit dem Thema „Islam in Deutschland“?*

Ich rate zu Offenheit und zu vielen Begegnungen mit Muslimen. Schließlich sollten Muslime nicht nur als *Muslimen* gesehen werden, sondern in erster Linie als ganz normale Bürger dieses Landes mit denselben Rechten und Pflichten. Manche möchten gar nicht zuerst über ihre Religion definiert werden.

Noch immer wird bei Debatten über Integration und Integrationsprobleme zu schnell der Islam ins Spiel gebracht. Problembewusstsein ist immer wichtig, aber Jugendliche sind doch beispielsweise nicht schlechter in der Schule oder handeln mit Drogen, weil sie Muslime sind, sondern das hat andere Ursachen. Diese Trennung ist wichtig. Na klar gibt es Jugendliche mit Ausgrenzungserfahrungen, die auf der Suche nach einem Identitätsanker sind und dann in die Hände von „falschen Propheten“ geraten und sich radikalieren. Zu wenig wird aber gesehen, dass es auch den

gegenteiligen Effekt gibt. Religion, die sich nicht gegen die Grundordnung unseres Landes stellt, kann Werte vermitteln und damit positive Akzente setzen. Beide Richtungen gibt es, die zweite spielt in der Diskussion häufig eine geringere Rolle.

*Welche Rolle spielt der Islam für die Politik der CDU?*

druckere1

Zu den Grundüberzeugungen der CDU gehört es, dass Religion ein wichtiger Bestandteil der Identität religiöser Menschen ist. Religion prägt das moralische Empfinden und Verhalten vieler Menschen, aber auch die Kultur und das Zusammenleben in einer Gesellschaft mit. Darauf beruht unser Modell, in dem den Religionsgemeinschaften eine gesellschaftliche Rolle zugestanden wird. Dieses Modell soll für den Islam geöffnet werden. Aber natürlich nicht aus der falschen Perspektive heraus, die eigenen christlichen Fundamente zu relativieren. In der Anerkennung der religiösen Vielfalt in Deutschland liegt nämlich auch die Anerkennung, dass das Christentum in unserem Land eine Rolle spielt. Daher haben verschiedene CDU-geführte Regierungen, sei es die Bundesregierung, seien es die Landesregierungen, die Einführung des Islamunterrichts an den staatlichen Schulen ebenso befördert wie die Gründung der Institute für Islamische Theologie. Es gibt ja auch Muslime, die sich in der CDU engagieren, gerade weil sie sich mit ihrer Religiosität und ihren Werten dort gut aufgehoben fühlen.

*„Islam“ und „Muslime“ sind zwei Schlagwörter, mit denen viele Menschen negative Assoziationen verbinden. Werden hier nicht Ängste auf Muslime projiziert, mit denen diese eigentlich gar nichts zu tun haben?*

Es hat ja in den vergangenen Jahren islamistische Terroranschläge in Europa gegeben. Salafisten, die sich auf Demonstrationen gewaltbereit

gebärden, waren in der Berichterstattung präsent. Das darf man nicht übersehen. Ebenso wenig wie man jedoch übersehen sollte, dass hunderttausende Menschen in Deutschland ihre religiösen Überzeugungen friedlich leben. Problematisch ist immer die Verallgemeinerung. Die ganze Debatte über „den Islam“, der auch in sich vielfältig ist, war über Jahre hinweg – da haben Sie Recht – sehr aufgeladen mit Stereotypen und Verallgemeinerungen.

Ich finde aber auch, dass sich da sehr viel getan hat. Die Medien bemühen sich im Großen und Ganzen doch um eine neutrale Berichterstattung, Politiker haben viel gelernt über die Vielfalt innerhalb des Islam, es gibt seit 2006 die Deutsche Islamkonferenz und nun Lehrstühle für Islamische Theologie, in diesem Jahr hat der Außenminister Muslime zum Iftar-Essen eingeladen. Von allen diesen Neuerungen, die doch über die reine Symbolik deutlich hinausgehen, waren wir vor 10 Jahren noch meilenweit entfernt!

*Genau danach wollte ich Sie fragen: Was wurde in den letzten Jahren von staatlicher Seite getan, um Muslimen in Deutschland die Teilhabe an der deutschen Gesellschaft zu ermöglichen?*

Muslime sind ja schon Teil der deutschen Gesellschaft. Teilhabe geschieht durch ein Engagement im Lebensumfeld, das über die persönlichen Bedürfnisse hinausreicht: bei Diskussionen mit Kollegen über gesellschaftliche Themen, in Kiezprojekten und Vereinen, in Verbänden und der Politik. Wer da mitmacht, hat auch Anteil am gesellschaftlichen Leben. Von daher muss man sich fragen: wo ist hier tatsächlich der Staat gefordert, was liegt am Engagement der Bürger selbst?

Insbesondere die Tatsache, dass ehrenamtliches Engagement sich noch immer eher in Organisationen abspielt, die viel mit dem eigenen

Lebensumfeld von Migranten zu tun haben und weniger in Organisationen wie beispielsweise der freiwilligen Feuerwehr, zeigt, dass wir von Normalität noch weit entfernt sind. Und dabei ist es nicht nur wichtig, Muslime aufzunehmen, sie müssen auch selbst auf diese Organisationen zugehen. Gleiches gilt übrigens, das ist uns als politische Stiftung besonders wichtig, für die politischen Parteien.

*Welchen Beitrag muss ihrer Meinung nach dementsprechend die muslimische Bevölkerung leisten, um in der deutschen Gesellschaft partizipationsfähig zu sein?*

Vom Engagement jedes Einzelnen abgesehen besteht für die Muslime als Gemeinschaft die Schwierigkeit auch in ihrer Vielfalt. Das klassische Problem beim Dialog und bei Kooperationen mit dem Staat ist dabei immer auch die Frage nach „dem“ oder „den“ Gesprächspartnern auf muslimischer Seite, die wirklich die Interessen der Muslime in Deutschland vertreten können.

Mit Blick auf die muslimischen Verbände muss ich sagen, dass ich da manchmal etwas mehr Kritikfähigkeit vermisse. Es ist ja bei Interessenvertretungen insgesamt nicht ungewöhnlich, dass sie sich ihren Mitgliedern gegenüber dadurch beweisen wollen, dass sie fordernd und manchmal auch anklagend auftreten. Beide Seiten stehen hier in der Verantwortung, sich auf den sachlichen Dialog zu konzentrieren.

**Das Interview führte Fatima El Sayed, Studentin der Politikwissenschaft in Berlin.**

## Das „duale System“ von Malaysia

Ein Anwalt aus Kuala Lumpur will, dass seine Mitbürger die Verfassung besser kennen

Von Luisa Meisel



Syahredzan Johan, RamRais & Partners, Advocates & Solicitors, Malaysia

„Man klopft und klopft an die Tür der Obrigkeit. Immer und immer wieder. Die Hoffnung dabei ist, dass sich eines Tages diese Tür öffnen wird, jemand hereinschaut und fragt: ‚Was ist das für ein Krach?‘ Dann werden sie nämlich sehen, wie es auf der anderen Seite der Tür überhaupt aussieht und sich vielleicht anhören, was man zu sagen hat.“

Syahredzan Johan, Malaysia

In Malaysia bestehen weltliches Recht und Scharia nebeneinander. Das weltliche Recht gilt in allen Teilen des föderalen Staates, der 1957 von Großbritannien unabhängig wurde. Allerdings ist der Islam Staatsreligion. In vielen Landesteilen ist daher die Scharia das anzuwendende Recht für Muslime, wenn es um Heirat, Scheidung oder das Erbrecht geht. Dann entscheidet ein spezieller Scharia-Gerichtshof, dessen religiöse Richter bei Verstößen gegen die Scharia auch Strafen verhängen können. „Unser duales Rechtssystem führt unweigerlich zu Ungleichheit“, sagt Syahredzan Johan, ein Anwalt aus Kuala Lumpur. „Ein Muslim kann wegen eines Verstoßes gegen die Scharia verurteilt werden, Anhänger anderer Religionen aber nicht.“ Er sei mit vielen Fällen beschäftigt, in denen es immer wieder um das Recht auf religiöse Freiheit gehe, sagt Johan. Dieses Recht sei zwar von der Verfassung garantiert, in der Realität gebe es aber viele Konflikte. Das fange schon bei der Frage an, welches Gericht überhaupt zuständig ist. Was passiert beispielsweise, wenn ein Mann stirbt und der Staat der Meinung ist, der Mann sei Muslim, die Familie behauptet aber das Gegenteil? Nach welcher Sitte wird der Mann begraben? Oder welche Rechte haben die Kinder eines ursprünglichen Nicht-Muslims, der in zweiter Ehe zum Islam konvertiert ist? Das Problem ließe sich lösen, so Johan, wenn der oberste zivile Gerichtshof das letzte Wort hätte. Doch tatsächlich würden die Kompetenzen zwischen den verschiedenen Gerichtshöfen oft so lange hin und her geschoben, dass den Betroffenen im schlimmsten Fall gar kein Rechtsweg offen steht.

Johan ist der Meinung, dass viele Bürger schon deshalb nicht klagen, weil sie ihre Rechte gar nicht kennen. Er setzt sich seit Jahren ehrenamtlich dafür ein, die Bürger seines Landes über ihre Rechte aufzuklären – denn zumindest auf dem Papier werden sie den Bürgern zugesichert. Dank der kleinen Broschüren, die in einfacher Sprache die Verfassung Malaysias erklären, sei die „My Constitution Campaign“ (die Kampagne „Meine Verfassung“) schon sehr erfolgreich. „Die Menschen sind sich mehr und mehr bewusst, dass sie Rechte haben und dass der Staat sie verletzt hat.“ Die Chancen, einen solchen Fall zu gewinnen, seien zwar immer noch klein, sagt Johan. Viele Richter seien Muslime und würden ihre Pflichten als Richter oft nicht von ihrem Glauben trennen können. Aber mehr und mehr Klienten kämen in seine Kanzlei und sagen: „Ich klage trotzdem.“

## Opfern von staatlicher Gewalt helfen

Das Muslim Attorney Center und die Cross Cultural Foundation leisten juristische Unterstützung in schweren Konflikten in Thailand

Von Philipp Sümmermann



*Pawinee Chumsri beim KAS-Partnernetzungs-Workshop in Singapur*

Im Süden Thailands herrscht seit Jahrzehnten ein Konflikt zwischen Separatisten und der Regierung. Seit sich dieser 2004 verschärft hat, kommt es vermehrt zu blutigen Auseinandersetzungen. Mehr als 13.000 Fälle von Gewalt soll es seitdem gegeben haben, die Anzahl der Todesopfer liegt je nach Schätzung zwischen 3.000 und 5.500.

In diesem Konflikt kommt es zu zahlreichen Menschenrechtsverletzungen auf beiden Seiten. Zusammen mit der Konrad-Adenauer-Stiftung versuchen das Muslim Attorney Center und die Cross Cultural Foundation, juristische Unterstützung zu leisten. „Wir helfen Opfern von staatlicher Gewalt, anwaltlichen Beistand zu bekommen. Wir bieten Übersetzungen an, informieren mit Aufklärungskampagnen über Rechte. Wir wenden uns nicht nur an Opfer im Gefängnis, sondern auch an Opfer von Folter oder unrechtmäßigen Verhaftungen“, sagt Pawinee Chumsri, die als Anwältin für die Cross Cultural Foundation arbeitet.

Die Cross Cultural Foundation wurde 2002 gegründet und will Verständnis zwischen den verschiedenen Kulturen Thailands fördern. Für ihr Rechtsstaatprogramm arbeitet sie eng mit dem 2004 gegründeten Muslim Attorney Center (MAC) zusammen, welches sich vor allem in den südlichen, muslimisch geprägten Provinzen Thailands engagiert. Die Rolle der Religion ist dabei, laut Chumsri, vor allem hinsichtlich der Kultur wichtig: „Ich komme nicht aus dem Süden, so dass die Leute am Anfang sehr vorsichtig waren. In der Vergangenheit wurden die Leute im Süden stark diskriminiert. Als Buddhist muss ich da erst Vertrauen aufbauen. Aber wenn es um Menschenrechte geht, spielt die Religion keine Rolle.“

Dass die Adenauer-Stiftung das Programm unterstützt, ist für die Arbeit ein großer Gewinn. „Die KAS genießt Akzeptanz von den staatlichen Stellen. Sie hat Verbindungen zu den Regierungs- und Oppositionsparteien. Früher mussten wir sehr viele Briefe schreiben. Jetzt werden wir direkt gehört“, sagt Chumsri. Öffentlichkeit zu schaffen ist ein wichtiger Teil der Arbeit. Denn Fortschritt kann es nur geben, wenn sich die Tätigkeit nicht auf eine rein anwaltliche Beratung beschränkt. „Wir wollen am Justizsystem mitarbeiten, um Rechtsstaatlichkeit zu bekommen.“

„Um Menschenrechte zu garantieren, müssen wir die Leute informieren, sie aufklären über die Rechte, die ihnen zustehen.“

*Pawinee Chumsri, Thailand*

## „Frauen sollten Geld verdienen“

Die Behbud Association, die von der KAS unterstützt wird, setzt sich in Pakistan für Frauenrechte ein – und nimmt dabei die Männer mit

Von Philipp Sümmermann



Shahina Akbar,  
Behbud Association,  
Pakistan

In Rawalpindi, in der Nähe von Islamabad, gründete 1967 eine kleine Gruppe Freiwilliger die Behbud Association. Ihr Ziel war und ist es, Frauen und deren soziales Umfeld zu fördern. Aus der einst kleinen Gruppe ist heute eine in ganz Pakistan tätige Organisation geworden mit Büros in allen größeren Städten.

Shahina Akbar ist eine der Aktiven. „Ich habe viel gelitten, weil ich das Recht nicht kannte. Ich habe auch viele Frauen und Kinder leiden gesehen.“ Doch dann lernte sie die Behbud Association kennen – und begann, sich zu engagieren. Heute kämpft sie mit dem Verein unter anderem für eine Aufklärung über Eheverträge, über deren Inhalt in Pakistan Eheleute oft im Unklaren gelassen werden. „Den Vertrag bekommt man bei der Hochzeit zum ersten Mal vorgelegt. Man hat keine Gelegenheit, ihn zu lesen und gibt daher eine Blankounterschrift. Ausgefüllt wird er von den Älteren. Erst später erfährt man, dass man keine Rechte mehr hat.“

Gegen diese Entrechtung setzt sie sich ein, veranstaltet Informationsveranstaltungen und Workshops. „Ich habe dieses geheime Dokument in den letzten fünf Jahren in die Öffentlichkeit gebracht“, sagt sie – und meint ein Muster für einen Ehevertrag, auf dem die Texte nun basieren. Dabei kämpft sie auch auf politischer Ebene. Akbar ist Anwältin am Obersten Gerichtshof Pakistans; an zahlreichen Gesetzgebungsverfahren war die resolute Frau beteiligt. Sie will, dass Frauen über ihre Rechte informiert werden. Regelmäßig hält sie dabei auch Vorträge vor Männern: „Wir sind eine gemischte Gesellschaft, Entscheidungen werden von Männern getroffen. Wir müssen sie mitnehmen.“

Für Aufklärung setzt sich die Behbud Association auch in anderen Bereichen ein. So betreibt die Organisation zahlreiche Schulen im ganzen Land. Um auch den Ärmsten der Armen Zugang zu Bildung zu ermöglichen, hat Behbud in den Slums rund um Rawalpindi und Karachi Heimschulen eingerichtet. Vielen Mädchen ist der Besuch normaler Schulen verboten, zudem sind diese oft zu weit weg. Mit den Projekten direkt in ihrem Umfeld schafft es die Organisation, die jungen Kinder zu erreichen. „Die Kinder müssen für ihre Bildung nicht weit weg. Diese Schulen sind daher sehr erfolgreich“, sagt Akbar.

Lesen und Schreiben sind Kenntnisse, die auch viele Erwachsene in Pakistan nicht beherrschen. 60% der Frauen im Land gelten als Analphabeten, unter den Männern liegt die Quote bei einem Drittel. Für Erwachsene bietet Behbud daher Urdu-Kurse an. Mehr als 1.000 Erwachsene haben an den dreimonatigen Schulungen teilgenommen und grundlegende Lese- und Mathekenntnisse erworben.

Armut will Behbud bekämpfen, indem den Menschen neue Verdienstmöglichkeiten eröffnet werden. Seit einiger Zeit bietet der Verein daher verschiedene Berufsausbildungen an. Frauen lernen, als Kosmetikerin zu arbeiten, Pilze anzubauen, zu nähen oder zu sticken. Das sind Tätigkeiten, die keine größeren Investitionen verlangen und von zuhause betrieben werden können. „Wir organisieren dann Märkte und laden alle

„Frauen sollten ausgebildet sein und Geld verdienen, damit sie auch den Wandel vorantreiben.“

Shahina Akbar, Pakistan

Frauen ein, die wir ausgebildet haben. Viele Leute kommen dorthin, um die Waren zu kaufen. Davon profitieren dann die Frauen“, sagt Akbar. Auch eigene Läden betreibt der Verein für den Verkauf der Waren. Ziel der Programme ist es, durch die Ausbildung nicht nur die Frauen, sondern ihr gesamtes Umfeld zu fördern. „Frauen sollten ausgebildet sein und Geld verdienen, damit sie auch den Wandel vorantreiben.“



*Shahina Akbar (2. v. l.) während eines Workshops der Konrad-Adenauer-Stiftung und ihrer Partner*

In ihrer Arbeit setzt Shahina Akbar auf den Dialog zwischen unterschiedlichen Gruppen, Männern und Frauen. „Ich hatte deshalb auch noch nie Probleme, obwohl ich sehr sensible Themen behandle“, sagt sie. Diese Einstellung zeigt sich auch bei der Arbeit der Organisation. Als interreligiöser Verein sind zahlreiche Mitarbeiter Christen, die Workshops werden von muslimischen, christlichen und hinduistischen Frauen besucht. „Wir sind für alle offen und unterstützen das sehr“, sagt Akbar. Vieles hat Behbud bislang erreicht, vieles steht noch bevor. Und Shahina Akbar schwärmt: „Ich liebe diese Arbeit. Ich bin sehr glücklich mit dem, was ich mache.“

## Islamische Eheverträge – Grundlagen, Reformen, grenz- überschreitende Effekte



*Prof. Dr. Mathias Rohe,  
Rechtswissenschaftliche  
Fakultät an der Friedrich-  
Alexander-Universität  
Erlangen-Nürnberg,  
Deutschland*

Mathias Rohe ist einer der führenden Köpfe zum Thema Islam und Recht in Deutschland. Bei einem Workshop mit KAS-Projektpartnern in Singapur sprach er zum islamischen Eherecht. Ehe-, Erb- und Scheidungsrecht beeinflussen die soziale und finanzielle Situation von muslimischen Frauen (und Männern) in vielen Regionen der Welt. So entspann sich nach Professor Rohes Input ein angeregter Austausch besonders zwischen Projektpartnern, die sich für Frauenrechte engagieren.

### **Von Prof. Dr. Mathias Rohe**

Die Ehe hat im Islam einen stark religiösen Anstrich. Ihr rechtlicher Aspekt ist jedoch rein säkularer Natur. Ehen im Islam gründen auf einem Vertrag zwischen den Ehepartnern. Das traditionelle islamische Recht ist hochgradig patriarchalisch und stellt den Islam über andere Religionen. Das gilt für alle Rechtsschulen ungeachtet ihrer Unterschiede in wichtigen Details. Während Mann und Frau gleiche Würde und Achtung genießen (sollten), sind ihre Rechte und Pflichten bei einer Heirat völlig unterschiedlich, ähnlich den gesetzlichen Regelungen in Europa bis in die jüngere Vergangenheit. In den meisten Rechtsschulen (außer der Hanafi) brauchen Frauen zum Abschließen eines Ehevertrages ungeachtet ihres Alters einen männlichen Vertreter (Wächter). Einem Mann sind bis zu vier Ehefrauen erlaubt. Interreligiöse Heiraten sind in den sunnitischen Schulen nur für muslimische Ehemänner erlaubt; die Schia verbietet sie völlig. Patriarchalische Strukturen sind in der Verteilung der Pflichten sichtbar: Der Ehemann hat der Braut eine Mitgift zu zahlen, die weitgehend von der gesellschaftlichen Stellung der Ehepartner abhängt. Während die Summe unter Armen verschwindend gering ist, kann sie bei Wohlhabenden eine beträchtliche Höhe erreichen. Die Mitgiftzahlung ist sehr oft in einen sofort und einen später zu zahlenden Betrag unterteilt: Letzterer ist bei Verstoßung fällig, was Ehemänner möglicherweise davon abhält, ihre Frau so leicht zu verstoßen. Im Raum stehende hohe Summen können auch zu einem Faustpfand werden, wenn es um ein naheheuliches Sorgerecht – das ebenfalls patriarchalisch ausgerichtet ist – für die Kinder zugunsten der Mutter geht. Der Ehemann muss zudem alleine für den Unterhalt sorgen. Gelingt ihm das nicht, kann die Ehefrau die Scheidung einreichen, was ansonsten extrem schwierig für sie ist, wohingegen Männer ihre Frau einseitig und ohne Angabe von Gründen verstoßen können. Die Frauen haben für die Kinder zu sorgen und „gehorsam“ zu sein, z. B. um Erlaubnis zu fragen, wenn sie eine Arbeit aufnehmen oder auch nur das Haus verlassen wollen. Andernfalls gelten sie als „rebellisch“, was sie von Unterhaltsforderungen ausschließt. Sie behalten jedoch ihren Familiennamen und die rechtliche Herrschaft über ihr Eigentum.

Der Ehevertrag eröffnet der Frau beachtlichen Spielraum zur Verbesserung ihrer Lage. Die Eheleute können z. B. vereinbaren, das alleinige Recht der Verstoßung auf sie zu übertragen, was ihr die Möglichkeit einer Scheidung zu den gleichen Bedingungen verleiht. Der Ehemann kann sie zudem berechtigen, ihre Ausbildung fortzuführen, das Haus zur Arbeit zu verlassen, ihre Verwandten einzuladen usw. In interreligiösen Ehen können die Ehepartner zudem eine Erbberechtigung zugunsten des

jeweils Anderen vereinbaren, der sonst nicht erbberechtigt wäre. In der Gesellschaft sind solche vertraglichen Vereinbarungen meist auf die relativ schmale Schicht der Gebildeten beschränkt. Zudem dürfen die weitverbreiteten und starken Stammes- oder lokalen Bräuche, etwa in Afghanistan oder Pakistan, nicht vergessen werden, die oftmals zum Nachteil der Frauen gegenüber den Regelungen des islamischen Rechts vorherrschen.

Seit mehr als einem Jahrhundert ist islamisches Recht mittlerweile „nationalisiert“ und damit nun Teil der Rechtsordnung des betreffenden Staates. In den letzten Jahrzehnten sind in vielen islamischen Ländern beachtliche Reformen, meist zugunsten der Frauen, durchgeführt worden. So wurde das Mindestalter in vielen Ländern heraufgesetzt, die Vielweiberei ist eingeschränkt oder sogar verboten (Tunesien), wobei die entsprechenden Regelungen des Korans neu ausgelegt wurden. In manchen Ländern können Frauen den Ehevertrag ohne einen männlichen Vertreter abschließen. In anderen Staaten wie dem Iran oder dem früheren Südjemen wurden frühere Reformen zugunsten stärker patriarchalischer neuer Regeln zurückgenommen. Daran zeigt sich deutlich, wie unterschiedlich die Auslegungen des islamischen Rechts sind, und dass es völlig von den vorgefassten Ansichten derer abhängt, die es interpretieren.

Die Anwendung des islamischen Eherechts ist heute eine weltweite Erscheinung. Bei grenzüberschreitenden Rechtssachen muss ausländisches Recht einschließlich der Gesetze islamischer Staaten unter den entsprechenden Regelungen des internationalen Privatrechts innerhalb der öffentlichen Ordnung angewendet werden. Die Bestimmungen zur Ehe im Islam können z. B. unter deutschem Recht angewendet werden, wenn sie im Ergebnis der öffentlichen Ordnung Deutschlands nicht zuwiderlaufen; deutsche Gerichte haben daher Mitgiftansprüche und sogar Unterhaltsansprüche von Zweitfrauen gegenüber dem Ehemann anerkannt, wenn die Ehe im Ausland rechtsgültig geschlossen wurde. In Europa lebende Moslems haben zudem begonnen, vom islamischen Recht inspirierte Eheverträge unter dem Dach des einheimischen (z. B. deutschen) Familienrechts abzuschließen. Das kann insbesondere im Falle von Grenzübertritten sinnvoll sein: Während Ehefrauen in Europa durch die Grundsätze der Gleichberechtigung geschützt sind, können solche vertraglichen Vereinbarungen im Falle eines Wohnortwechsels in ein islamisches Land hilfreich sein. Die jüngste Erscheinung findet sich unter jungen Moslems, die eine Ehe nach religiösem Ritus eingehen, ohne sie feierlich vor einer staatlichen Institution zu bekunden, woraus sich die gesellschaftliche Akzeptanz eines Zusammenlebens ohne gegenseitige gesetzliche Verpflichtungen ergibt. Im Zeitalter der Globalisierung ist eine fortschreitende Verschmelzung von Normen unter dem Primat des im jeweiligen Land geltenden Rechts zu erwarten. Verlässliche Informationen über dieses Thema sind daher notwendiger denn je.

*Weiterführende Literatur: Mathias Rohe, „Das islamische Recht“, 3. Auflage, München 2011 (C. H. Beck); eine erweiterte englische Übersetzung wird 2014 bei Brill, Leiden/Boston erscheinen.*



„Öffentlicher Raum hat auch einen demokratischen Aspekt: Menschen brauchen Raum, um ihre Meinung frei zu äußern oder um demonstrieren zu können.“

*Zabra Ali Baba, Kuwait*

## Die Anerkennung politischer und gesellschaftlicher Vielfalt verringert Gewalt

Sigrid Faath ist Expertin für Nordafrika und den Nahen Osten. Sie forscht als Associate Fellow bei der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik DGAP. Für die Konrad-Adenauer-Stiftung hat Sigrid Faath eine Workshop-Reihe mit Projektpartnern aus muslimischen Ländern, die zum Teil in der vorliegenden Broschüre vorgestellt worden sind, begleitet. Ihr Bericht beschreibt den Einsatz der Partner für tolerante und vielfältige Gesellschaften trotz sozioökonomischer Schiefen und kulturell-religiöser Spannungen.

### Von Dr. Sigrid Faath

Die Projekte der KAS-Partner, die im Mittelpunkt der drei Workshops zu Partizipation und Bildung, Rechtstaatlichkeit und Gleichberechtigung, Dialog und Wandel standen, zielen darauf ab, Bedingungen für ein friedlicheres Zusammenleben zu schaffen und eine Geisteshaltung zu fördern, die Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung zurückweist.

Die KAS-Projektpartner kamen aus islamisch geprägten Staaten, in denen gewaltsame Konflikte um politische und gesellschaftliche Macht ausgetragen werden und in denen religiöse Referenzen und Argumente instrumentalisiert werden.

Die auf den Workshops vorgetragenen Analysen zur aktuellen Lage in den jeweiligen Ländern führten plastisch vor Augen, wie zentral für den gesellschaftlichen Frieden Maßnahmen sind, die Wahrnehmungen und Verhaltensweisen verändern, Feindbilder abbauen und dazu beitragen, Vielfalt in allen ihren Ausdrucksformen zu akzeptieren und zu respektieren. Die Projektpartner der KAS, die einen gesellschaftlichen und politischen sowie religiösen Wandel anstreben, der in mehr Pluralismus, Freiheit, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und weniger gewaltsamen Konfliktaustrag mündet, bestätigten in ihren Ausführungen, dass sich die gesellschaftlichen Realitäten in allen Ländern in den letzten zwei Dekaden stark verändert haben. **Die faktische Pluralität der Gesellschaften ist offenkundig geworden und drängt in die gesellschaftliche und politische Auseinandersetzung.** Versuche von

politischen wie gesellschaftlichen Akteuren, das Denken und Handeln zu monopolisieren und in ein normatives Korsett zu zwängen, das dieser Pluralität widerspricht, führen deswegen unweigerlich zu Konflikten und zu einem gewaltsamen Konfliktaustrag.

Die Beharrlichkeit und der Aktionismus des gesamten religiös-fundamentalistischen (islamistischen) Spektrums mit seiner reduktionistischen Sicht auf die Gesellschaften überdeckte in der Vergangenheit für manche europäischen Beobachter oft diese Vielfalt in islamisch geprägten Ländern und Gemeinschaften. Umso wichtiger waren die Beiträge etlicher Workshop-Teilnehmer, in denen sie sehr klar herausstellten, dass tatsächlicher gesellschaftlicher und politischer Wandel in ihren Ländern nur dann eintreten wird, wenn Maßnahmen gefördert werden, die beharrlich dem Einzelnen die Angst vor der Vielfalt nehmen und mit dem politischen, religiösen und gesellschaftlichen Zwang zur „Einheit“ brechen. Fundamentalistisch orientierte Parteien, Vereinigungen, Einrichtungen und Personen werden dies nicht tun.

Die Workshop-Teilnehmer bestätigten in ihren Analysen zu den aktuellen politischen und gesellschaftlichen Problemen und Konflikten in ihren Herkunftsländern zudem einen wichtigen Sachverhalt: Zahlreiche Probleme und Konflikte werden zwar durch die **prekäre sozioökonomische Lage großer Teile der Bevölkerung**, vor allem durch die wachsende Arbeitslosigkeit unter Jugendlichen, und durch eine reale Vernachlässigung einzelner Landesteile verursacht und verschärft. Weil jedoch **alle Diskussionen und**



PD Dr. Sigrid Faath, Deutschland

**Auseinandersetzungen von der „religiösen Frage“ überlagert** werden, müssen die Maßnahmen zur Problem- und Konfliktlösung umfassender sein. Sozioökonomische Maßnahmen und eine verbesserte Regierungstätigkeit im wirtschaftlichen und sozialen Bereich alleine reichen nicht aus, um die politischen und gesellschaftlichen Polarisierungen zu lösen und Gewalt als Mittel der Auseinandersetzung zu diskreditieren. Sie reichen auch nicht aus, um den rechtlichen und kulturellen Rahmen zu schaffen, in dem Pluralität, Differenz und Toleranz als zentrale Werte gelten und nicht länger – wie dies gegenwärtig der Fall ist – von einigen politischen und gesellschaftlichen Gruppen als „Gefahr für Religion und Identität“ angesehen werden, gegen die sich verteidigt werden muss.

In den gegenwärtigen machtpolitischen Konflikten islamisch geprägter Staaten wird Religion nach wie vor instrumentalisiert. Islamistische Organisationen streben seit den Umbrüchen in Nordafrika und dem Nahen Osten verstärkt an, ihren Hegemonieanspruch zur Auslegung der Religion durchzusetzen und den Staat und seine Bürger über die Religion zu definieren. Wenn ihnen dies gelingt, würden sich jene Strukturen, die bereits

jetzt die Gesellschaften spalten und Reformen zugunsten einer Rechte und Freiheiten garantierenden pluralen Gesellschaft erschweren, verhärten. Die Identität von Staat und Religion, wie sie von Islamisten angestrebt wird, mündet zwangsläufig in ein nicht nur autoritäres, sondern in ein totalitäres System.

In den Workshops wurde angesichts dieser Problematik auf die Notwendigkeit eines „Mentalitätswandels“ hingewiesen. Wohlwissend, dass sich ein solcher Mentalitätswandel nur sehr langfristig einstellen wird, wurde die Dringlichkeit von Maßnahmen, die hierzu beitragen können, hervorgehoben. Es sind im weitesten Sinne Bildungsmaßnahmen, die als prioritär eingestuft werden:

- Sie sollen die Wahrnehmung (geprägt durch Religion, Kultur, Geschichte, Erfahrung) des Einzelnen und von Gruppen verändern.
- Sie zielen darauf ab, das Verhalten zu beeinflussen und ein neues Verhältnis zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen und zwischen Bevölkerung und Staat zu etablieren.
- Sie sollen „aufklärend“ wirken und Begriffe wie Säkularismus, Liberalismus, Pluralismus, Staatsbürgertum erläutern.
- Die Maßnahmen sollen ferner aufzeigen, welche Chancen sich für jeden Bewohner eines Landes in pluralen, säkularen Systemen eröffnen, und
- sie sollen das Zugehörigkeitsgefühl zum Staat und das staatsbürgerliche Verantwortungsgefühl gegenüber der Gemeinschaft fördern und den als „mangelhaft“ oder „unvollständig“ definierten Nationenbildungsprozess voranbringen.

Die Teilnehmer des Workshop-Zyklus bekräftigten die Bedeutung von Projekten mit dieser Zielrichtung. Sie belegten zudem anschaulich, dass diese Ziele nur mit zivilgesellschaftlichen Organisationen und Parteien zu erreichen sind, die ein säkulares plurales politisches System etablieren wollen, die sich dementsprechend für die Trennung von Religion und Politik aussprechen, um endlich die doktrinäre Erstarrung zu lösen. Dies setzt voraus, dass auch aus der religiösen Perspektive heraus einem solchen pluralen System schließlich zugestimmt werden kann.

Die wesentlichste Erkenntnis der KAS-Projektpartner und zugleich das Fazit der Workshops lautet: Ein gewaltfreieres Zusammenleben wird nur dann möglich werden, wenn ein plurales, tolerantes politisches und gesellschaftliches Ordnungssystem als notwendige Rahmenbedingung erkannt und angestrebt wird.

## Die Autoren aus der Journalistischen Nachwuchsförderung der KAS

*Diese Broschüre über „Muslime in Staat und Gesellschaft weltweit“ ist entstanden in enger Kooperation von drei Hauptabteilungen der Konrad-Adenauer-Stiftung: Europäische und Internationale Zusammenarbeit (EIZ), Politik und Beratung (PuB) sowie Begabtenförderung und Kultur (BK). Zu letzterer gehört seit mehr als 30 Jahren die Journalisten-Akademie der KAS, die einen Großteil der AutorInnen dieser Publikation gestellt hat. Insgesamt sechs StipendiatInnen der Journalistischen Nachwuchsförderung haben die Workshops in Istanbul, Singapur und Casablanca in Zweier-Teams redaktionell begleitet. Wir stellen sie auf den kommenden beiden Seiten vor.*



**Cosima Gill** (24) studiert im Master „South Asia and Global Security“ am King’s College in London und ist seit 2010 Stipendiatin der Journalistischen Nachwuchsförderung der KAS. Sie interessiert sich insbesondere für den Kaschmir-Konflikt und den Islam in Südasien. Bei der Konferenz in Casablanca hat sie gelernt, dass sich muslimische Länder vermehrt untereinander austauschen sollten, um mehr voneinander zu lernen.



**Christina Hecking** (23) studiert Journalistik und Kommunikationswissenschaft in Hamburg und ist seit 2010 Stipendiatin der Journalistischen Nachwuchsförderung der KAS. Als Reporterin bei der KAS-Konferenz in Casablanca hat sie gelernt, dass der Islam eine sehr spannende und vielschichtige Religion ist, über die man noch sehr viel lernen kann und sollte, da sie in unserem Alltag immer präsenter wird. Außerdem hat sie durch die Konferenz gelernt, wie eng Religion und Demokratie zusammenhängen.



**Katrin Kampling** (25) studiert Germanistik und Islamwissenschaft in Köln und ist seit 2010 Stipendiatin der Journalistischen Nachwuchsförderung der KAS. Für den Islam interessiert sie sich besonders, weil er je nach regionalem Kontext in so vielen unterschiedlichen Facetten daherkommt. Das hat sie auch als Reporterin bei der KAS-Konferenz in Istanbul wieder entdecken dürfen.



**Luisa Meisel** (27) hat Jura an den Universitäten Heidelberg und Straßburg studiert und ist seit 2008 Stipendiatin der Journalistischen Nachwuchsförderung der KAS. Nach dem Studium zog es sie nach Berlin, wo sie seit 2013 als Promotionsstipendiatin der KAS an ihrer Dissertation zum Gemeinnützigkeitsrecht feilt. Für den Islam interessiert sich Luisa Meisel, weil sie trotz der Unterschiede viele Parallelen zum Christentum entdeckt. Als Reporterin bei der KAS-Konferenz in Singapur hat sie gelernt, dass es religiöse Konflikte in der Welt gibt, von denen wir hierzulande leider noch nie gehört haben.



**Christina Schmitt** (24) studiert im Master Arabistik in Leipzig und ist seit 2008 Stipendiatin der Journalistischen Nachwuchsförderung der KAS. Für den arabischen Raum – und damit auch den Islam – begeistert sie sich, seitdem sie ein halbes Jahr in Kairo gelebt hat. Besonders spannend findet sie, wie die Menschen dort ihren Glauben im Alltag leben: Die Hilfsbereitschaft anderen gegenüber und die Zufriedenheit mit dem, was einem gegeben ist, sei es noch so wenig, beeindrucken die Autorin bis heute. Als Reporterin bei der KAS-Konferenz in Istanbul hat sie lernen dürfen, wie viel die KAS tut, um den kulturellen und religiösen Austausch zwischen den verschiedenen Religionen und Ethnien nachhaltig zu fördern.



**Philipp Sümmerrmann** (24) studiert Jura in Köln und ist seit 2008 Stipendiat der Journalistischen Nachwuchsförderung der KAS. Nicht nur aufgrund seines Studiums interessiert er sich für die Frage, was Recht eigentlich ist und wie sich Rechtssicherheit gewährleisten lässt. Als Reporter bei der KAS-Konferenz in Singapur hat er lernen dürfen, dass trotz unterschiedlichster Rechtskulturen die Vereinbarkeit von islamischem mit säkularem Recht weltweit ähnliche Fragen aufwirft.

# Impressum

Herausgeber: Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.  
10907 Berlin

Ansprechpartner: Dr. Stefan Friedrich  
Teamleiter Politikdialog und Analyse  
Europäische und Internationale Zusammenarbeit (EIZ)  
stefan.friedrich@kas.de

Katharina Senge  
Kordinatorin für Zuwanderung und Integration  
Politik und Beratung (PuB)  
katharina.senge@kas.de

Autoren: Fatima El Sayed, Dr. Sigrid Faath, Cosima Gill (J), Christina Hecking (J), Katrin Kampling (J),  
Luisa Meisel (J), Prof. Dr. Mathias Rohe, Christina Schmitt (J), Katharina Senge,  
Philipp Sümmermann (J), Ulrich von Wilamowitz-Moellendorff (KAS)

Alle mit (J) genannten Redaktionsmitglieder sind StipendiatInnen der Journalistischen Nachwuchsförderung der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Redaktion: Katharina Senge, Dr. Stefan Friedrich, Jochen Markett, Dr. Andreas Jacobs

Fotos: © kosmozoo, iStockphoto (1), © Jan Brauburger (41), © Cosima Gill (5, 11, 13, 14, 15,  
16, 17, 18, 23), © Katrin Kampling (6, 7, 8, 9, 13, 21, 28, 29, 39), © Christina Schmitt (40),  
© Philipp Sümmermann (12, 19, 20, 21, 22, 32, 33, 34, 35, 36, 37)

Gestaltung/Satz: racken GmbH/nonymos, Berlin

Produktion: Bonifatius GmbH, Paderborn



Der Text dieser Publikation wurde unter den Bedingungen einer Creative-Commons-Lizenz veröffentlicht:  
"Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 3.0 Deutschland" (CC BY-SA 3.0 DE),  
<http://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/de>

Druck mit finanzieller Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland.

ISBN 978-3-944015-95-8

2013 Sankt Augustin/Berlin

[www.kas.de](http://www.kas.de)



[www.kas.de](http://www.kas.de)



Konrad  
Adenauer  
Stiftung